

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

X. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

19./20. MÄRZ 2010, BERLIN

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2010	4
Anja HERTEL	6
Maya BÖHM	12
Sebastian LINDNER	14
Sabine PANNEN	17
Thomas GROßMANN	19
Franziska KUSCHEL	23
Lisa SCHOß	25
Fruzsina MÜLLER	28
Eyk HENZE	30
Susanne BRAUCH	36
Ulrich EISELE	42
Ines LANGELÜDDECKE	44
Tina MENKE	46
Anne-Kathrin STEINMETZ	50

X. Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 18. März 2010, 18 Uhr
ENDE: Samstag, 20. März 2009, ca. 15 Uhr
ORT: Geschäftsstelle der Stiftung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin,
 Besprechungsraum in der zweiten Etage

DONNERSTAG, 18. MÄRZ 2010	
18:00 – 21:00	Vorabendliche Zusammenkunft mit Vertretern der Stiftung im Restaurant Maximilians in der Friedrichstraße 185-190, 10117 Berlin – Mitte, Eingang über Kronenstraße, www.maximiliansrestaurant.de (fakultativ)

FREITAG, 19. MÄRZ 2010	
9:00 - 9:15	Begrüßung
9:15 - 10:15	Anja Hertel : Wolfgang Mattheuer: Die politische Landschaft
10:15 – 10:45	Kaffeepause
10:45 – 12:15	Maya Böhm & die Auswirkungen politischer Inhaftierung auf die Familien der Inhaftierten, Sebastian Lindner & die Strafvollzugsanstalt Hoheneck sowie Sabine Pannen & und die SED-Parteibasis zwischen 1979 und 1989
12:15 – 13:30	Mittagspause
13:30 – 14:30	Thomas Großmann : Fernsehen, Öffentlichkeit und friedliche Revolution 1989
14:30 – 16:15	Franziska Kuschel & die DDR gegen die Westmedien, Lisa Schoß & der deutsch-jüdische Zusammenhang im DEFA-Film sowie Fruzsina Müller & der Konsum in der sozialistischen und postsozialistischen Gesellschaft: Bedeutungszuweisungen einheimischer Marken in Ungarn
16:15 – 16:45	Kaffeepause
16:45 – 17:45	Eyk Henze : Politik und Lyrik in der DDR: Verlage, Institutionen und Diskurse
17:45 – 19:00	Abendessen
19:00 – 20:30	Bundesstiftung Aufarbeitung 2020. Ein Brainstorming

SAMSTAG, 20. MÄRZ 2010		
9:30 – 10:30		Susanne Brauch : Außenpolitische Kulturen in Polen und Tschechien: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der EU-Bilder der politischen Akteure und der Gesellschaften
10:30 – 11:30		Ulrich Eisele & die DDR in der UNO sowie Ines Langelüddecke & rückkehrende Gutsbesitzer und ortsansässige Bevölkerung im ländlichen Ostdeutschland seit 1990
11:30 – 12:30		Mittagspause
12:30 – 13:30		Tina Menke : Lehrendenvorstellungen über die DDR und ihre Gegenwartsbedeutung. Ein Beitrag zur Politikdidaktischen Rekonstruktion
13:30 – 14:30		Anne-Kathrin Steinmetz : Vom traditionellen Naturschutz zum politischen Umweltschutz. Die Entwicklung des Umweltschutzgedankens und seine politische Bedeutung - ein deutsch-deutscher Vergleich
14:30		Schlussbesprechung

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Besprechungsraum 2. Etage: **030 – 31 98 95 444**

Stiftungshandy: **0151 - 12 13 86 18**

Wolfgang Mattheuer. Die politische Landschaft

von Anja Hertel

„Aus seinen Landschaften ist alles entstanden. [...] Seine politischen Visionen, seine Anklagen, sein Aufruhr, seine Erweckungsrufe.“
(Heinz Schönemann)

Seit Mitte der 60er Jahre schuf der Maler Wolfgang Mattheuer Landschaftsbilder, die nicht einfach nur die Natur ‚abbildeten‘. In seinen Gemälden spielen immer auch die Reflexionen und Ideen eine Rolle, die er beim Betrachten einer vertrauten Landschaft entwickelte. In den 70er Jahren nehmen seine Landschaftsmotive symbolische Bedeutung an, wie sein berühmtes Bild „Hinter den sieben Bergen“ (1973) exemplarisch demonstriert: Eine endlose Straße führt auf eine Bergkette zu, hinter der sich eine Luftballon schwingende Freiheitsgöttin erhebt: eine trügerische Illusion oder eine Hoffnungsträgerin? Was erwartet den Fahrer hinter dem Horizont? Der Westen oder die bessere sozialistische Gesellschaft? Der Künstler selbst antwortet vieldeutig: *„Hinter‘ den Bergen liegt das Bedenkenswerte und das Gesprächswerte, nicht ‚davor‘“*. Mit Hilfe dergleichen verschlüsselter und ambivalenter Bildmotive entwickelte Mattheuer einen Weg, politische Praxis in der DDR kritisch in Frage zu stellen sowie Engstirnigkeit oder Biedersinn anzuprangern. Dies bezeichnet auch sein berühmtes Gemälde „Horizont“ (1970), auf dem im Vordergrund einer hügeligen Landschaft ein befriedigt zurückgelehntes Bürokratenpaar sitzt, welches sich aus dem immergleichen Einheitsbrei sozialistischer Presse ernährt. Aus der Stagnation scheinen die gesättigten und in behaglicher Zufriedenheit grinsenden Herren – Mattheuer selbst bezeichnet sie als *„eingenistete Figuren des Negativen“* – ihre Bestätigung zu erhalten. Im Hintergrund streben junge Paare auf einen hell erleuchteten Horizont zu, sie überschreiten ihn, lassen sich nicht durch Ungewissheiten oder Risiko davon abhalten, etwas zu wagen. Das Gemälde musste 1972, nachdem es von der Jury genehmigt wurde, auf Wunsch von Leipziger Bezirksfunktionären aus der gut besuchten 8. Bezirkskunstausstellung Leipzig wieder entfernt werden. Mattheuer beklagte die *„widerliche Art und Weise“* dieses Vorgangs. Das Ministerium für Kultur scheute sich jedoch nicht, eben dieses Bild – quasi als Aushängeschild kritischer Kunst in der DDR – für die sensationelle documenta 6 in Kassel 1977 zu bestätigen. Nach ‚außen‘ wollte die DDR offenbar den Eindruck von der ‚Breite und Vielfalt‘ vermitteln, wie sie Erich Honecker auf der 4. Tagung des ZK im Dezember 1971 propagierte: Es könne *„keine Tabus auf dem Gebiet der Kunst“* geben.

Mattheuer traf mit seinen Bildern den Nerv der Zeit: Die sozialistische Utopie von Fortschritt und Aufbau führte in den 70er Jahren bei vielen anfänglichen Anhängern zu Enttäuschung und Resignation. Auch Mattheuer hatte sich 1956 bei seinem Parteieintritt in die SED zu einem demokratischen Sozialismus bekannt, fühlte sich jedoch durch die Realität enttäuscht und betrogen: *„Sie, die Partei, braucht das sich selbst bestimmen wollende Individuum nicht. Sie wähnt sich allwissend und allmächtig und spricht nur ungern mit nicht jubelnden Genossen. Ich kann nicht jubeln und kann auch nicht Ja sagen, wo Trauer und Resignation, Mangel und Verfall, Korruption und Zynismus, wo bedenkenloser, ausbeuterischer Industrialismus so hochprozentig das Leben prägen und niederdrücken“*, schreibt er in seiner Austrittserklärung aus der Partei 1988. Die gleiche Wortwahl fand er bereits in den 70er Jahren in Briefen, Tagebuchnotizen und selbst in offiziellen Gesprächen drückte er seine Kritik immer wieder deutlich aus. Dies lenkte die Aufmerksamkeit der Stasi auf Mattheuer, sein Haus wird auf Anraten des IM „Fritz“ (Dr. Fritz Donner, Mitarbeiter im Ministerium für Kultur) 1975 verwandt und in den Stasiakten häufen sich die Warnungen vor dem „gefährlichen Mattheuer“. Seine Bildparabeln stellen ein gutes Beispiel kritischer Stellungnahme zum real existierenden Sozialismus mit weit reichender Wirkung dar. Einerseits handelt es sich um metaphorisch transformierte Landschaftsmotive wie etwa das Horizont- oder die Straßenmotiv, andererseits um symbolische und allegorische Szenen der Ikarus- oder Sisyphosmythen, die in Landschaftsräumen eingebettet sind. Im Zentrum der Dissertation steht die Analyse ausgewählter Landschaftsmotive in den Gemälden Wolfgang Mattheuers im Zeitraum von 1968 bis

1981, die auf ihren politisch-kritischen Gehalt untersucht werden. Diesem *analytischen* Teil ist ein *theoretischer* Teil vorangestellt, in dem das Thema in einen größeren kunsthistorischen Zusammenhang eingebettet wird: Was ist eine ‚politische Landschaft‘ und welche Definitionen erhielt sie in der Kunstgeschichte seit dem Mittelalter? Welche Formen politischer Landschaft als Genre der Kunst gibt es? Und wie ist politische Landschaftsmalerei in der DDR zu differenzieren?

Der Begriff der ‚politischen Landschaft‘ scheint zunächst durch seine enge Verflechtung mit dem nationalsozialistischen Vokabular negativ besetzt zu sein. Die Vorsicht im Umgang mit dem Landschaftsbegriff übertrug sich auch auf die bildende Kunst und die Landschaftsmalerei nach 1945: „*Die inhaltliche Belastung des Begriffes ‚Landschaft‘ in der Zeit des Dritten Reiches erklärt zur Genüge die Reserve, mit der sich die bildende Kunst nach 1945 diesem Thema wieder näherte.*“ (Renate Trnek) Doch in jüngster Zeit erschienen Studien, die das Begriffspaar auf seine allgemeinmetaphorische Verwendung ausweiteten: Eigenschaften einer Landschaft – ihr Geplantes, ihr Gestaltetes und Geordnetes, ihr „dreidimensionales Komplexes“ im Wechselspiel mit ihrer Natürlichkeit, die auch Unkontrolliertes, Wildwuchs und Nichtlinearität impliziert – werden im übertragenen Sinne auf das Politische projiziert. Im umgekehrten Sinne versteht der Kunsthistoriker Martin Warnke unter der politischen Landschaft die bildkünstlerische Darstellung von Orten, die „Ergebnisse politischer Entscheidungen“ bereits in einfachster Erscheinung veranschaulichen: Grenzen, Straßen, Brücken sind oft Produkte eines politischen Auftrags und nehmen in Landschaftsbildern Stellung zum jeweils politisch Gegebenen. Bereits in der profanen Malerei des Mittelalters bezweckten Landschaftsdarstellungen in Kalenderbüchern oder auf Wandbildern häufig die Repräsentation von Herrschaft und Besitz, sie demonstrierten die (agrar)-wirtschaftliche Blüte eines Landes. In der – kunsthistorisch vielseitigen – Tradition solcher *repräsentativer* politischer Landschaftsbilder stand die offiziell propagierte Landschaftsmalerei der DDR: Entsprechend dem politischen Aufbauprogramm der 50er Jahre sollte Landschaftsmalerei die schöne, unter sozialistischem Regime erblühende, in den 60er Jahren die von industrieller Produktion geprägte Landschaft demonstrieren.

Dieser von Betrieben und Institutionen in Auftrag gegebenen Landschaftsmalerei zum Zwecke propagandistischer Repräsentation – vornehmlich Tagebauszenarien und Industriepanoramen – stand eine zweite Entwicklung gegenüber, die sich mit *kritischer* Landschaftswahrnehmung beschäftigte: Bereits in den 60er Jahren sind erstmals Landschaftsbilder in den großen DDR-Ausstellungen zu sehen, die landschaftliche Deformation, Zerstörung und Umweltbelastung thematisierten. Das Bild „Mansfelder Landschaft“ von Wilhelm Schmied, das auf der 5. Kunstausstellung der DDR 1962 in Dresden gezeigt wurde, stellt eine massive Bergbauhalde erstmals in den Zusammenhang einer weitläufigen Landschaft. Die aufgewühlte Erde wirft bedrohliche Schatten auf das Dorf im Mittelgrund, während der Ausblick in die Ferne von qualmenden Schornsteinen verstellt wird. Der sozialistisch reine Titel verdeckt hier den ambivalenten Inhalt des Bildes.

Wurde der Landschaft offiziell so wenig Bedeutung zugesprochen, dass gerade in ihr Künstler unter dem Deckmantel ihrer vermeintlichen Harmlosigkeit kritisch zur realen ökonomischen, umweltpolitischen und gesellschaftlichen Situation der DDR Stellung nehmen konnten? „*In Zeiten des Verfalls sind Landschaften wichtig*“ trifft es der DDR-Schriftsteller Heiner Müller auf den Punkt. Tatsächlich wandten sich die Künstler immer häufiger der Landschaftsmalerei zu, je fragwürdiger sich das fortschrittliche Planungsmodell eines sozialistischen Aufbaus erwies. Künstler wie Doris Ziegler, Günther Thiele und Kurt Donis sahen in der Landschaftsmalerei eine Fluchtmöglichkeit aus den stringenten Regeln des sozialistischen Realismus, denn immerhin ließ sich der Ruf nach Parteilichkeit und aktivistischem Fortschrittsglauben auf diese Weise leicht umgehen. Auch die offensichtlichsten Auswirkungen des auf extensives Wachstum ausgerichteten Planungsmodells des „Neuen ökonomischen Systems“ von 1963 ließen sich zuerst an der Landschaft ablesen. Publikum und Künstler fanden so den ‚stillen‘ Weg zu einem Dialog, der offiziell nicht geführt werden durfte: „*Das Publikum hatte gelernt, auch in stillen Landschaftsbildern laute und klare Botschaften zu vernehmen*“. So wurde Wolfgang Mattheuers „Bratsker Landschaft“ (1967) zu einem der ersten Landschaftsbilder, welches zu dieser Zeit beispiellos diskutiert wurde: der Kunstkritik

fiel es schwer, einer öden Wüstenlandschaft mit abgeholzten Bäumen und dunstigem Qualm im Hintergrund einen positiven Fortschrittsgedanken ‚anzudeuten‘.

Den Höhepunkt der kritischen Symbolisierung von Landschaften markieren exemplarisch die Exponate auf der 8. Kunstausstellung der DDR 1977 in Dresden: Uwe Pfeiffer, Nuria Quevedo und immer wieder Wolfgang Mattheuer fanden Bildmotive, die einem zunehmend gebildeten Kunstpublikum wie Ironisierungen des sozialistischen Optimismusbildes vorkommen mussten: so zum Beispiel der im abgestorbenen Geäst einer endlos öden Landschaft hängen gebliebene, maskenhaft grinsende Drache, der trotz seiner (und der ihm umgebenden Landschaft) aussichtslosen Situation kopfüber weiterlachen muss (Uwe Pfeiffer: „Abgerissener Drache“, 1976).

Wolfgang Mattheuers politisch-kritische Landschaftsmalerei rückt im analytischen Teil der Arbeit in den Mittelpunkt. Der Künstler malte vor allem seit Mitte der 60er Jahre Landschaften, die zum einen durch ihre kritische Widerspiegelung einer realen Landschaft unter sozialistischer Oberherrschaft (das sächsische Vogtland um Reichenbach), zum anderen durch ihre symbolische Aufladung immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten. Mehrfach stellte man seine positive Einstellung zur DDR in Frage, nannte ihn einen Querulanten und Doppelzüngler. Seine Bilder sprechen eine differenziertere Sprache. Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass sie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft mit unzweideutiger Kritik an den realen Verhältnissen in der DDR vereinen – und diese artikuliert Mattheuer seit den 70er Jahren immer wieder öffentlich. Das oben genannte Bild „Hinter den sieben Bergen“ zeigt zwar die A75 im sächsischen Vogtland, die über die Talsperre Pöhl Richtung Hof führt, aber es soll nicht die „Sehnsucht nach dem Westen“ demonstrieren. 1969 hatte Mattheuer einen ersten Holzschnitt mit dem Bildmotiv angefertigt und dazu ein Gedicht verfasst:

*„Hinter den Bergen spielt die Freiheit.
Hinfahren sollte man.
Sehen müßte man's
mit eigenen Augen,
das Schöne;
die Freiheit spielt mit bunten Luftballons.
Und andere fahren hin mit Panzern und Kanonen - -
um nachzuschauen.
Und die Freiheit
spielt nicht mehr am Himmel:
dort schiebt der Wind die Wolken.“*

Bild und Gedicht spielen auf die gescheiterte Revolution in Prag 1968 an. Der Versuch, Demokratie zu fordern wurde im „Prager Frühling“ blutig niedergeschlagen. Die verlockende Freiheit stellt Mattheuer als eine verführerische Göttin dar, die zurückzuführen ist auf Eugène Delacroix' berühmtes Bild „Die Freiheit führt das Volk auf die Barrikaden“ (1830). Auf Mattheuers Bild ist die personifizierte Freiheit jedoch nicht mit Trikolore und Gewehr dargestellt, sondern trägt einen Blumenstrauß und Luftballons. Eine „Fata Morgana“ ist sie, so wie sie auch auf der ersten Skizzenzeichnung zum Gemälde von Mattheuer betitelt wird. Eine Verheißung also, die zunächst Hoffnung keimen lässt, welche jedoch zu platzen droht wie die Luftballons in ihrer Hand. Mattheuer war schockiert über den Ausgang der Prager Ereignisse. Nach 1968 begann er, Allegorien und Metaphern für den scharfen Gegensatz von Hoffnung und Realität zu schaffen. In der Landschaft gelingt ihm das – nach eigener Aussage – am besten. In einem Interview antwortet er auf die Frage nach dem sichtbaren Gegensatz zwischen stimmungsvoll-heiterer Landschaft den grübelnden Menschen und den zerborstenen Dingen darin: *„Wenn mir keine Bilder der Harmonie mehr gelingen, dann sind auch die Problem- und Protestbilder falsch. Die spannungsvolle Reibung zwischen Übereinstimmung und Protest, zwischen Ja und Nein schärft den Blick für Wahrheiten.“*

In der Arbeit werden die Motive Horizont, Straße, Fenster, Garten, Insel, Himmel und Gewitter untersucht. Welche historischen Aussagen treffen die Motive, insbesondere im politischen Bereich? So steht etwa ein Gewitter für politische Sturmzeiten, die in der Hoffnung nach der aufatmenden ‚Ruhe danach‘ mitschwingt. Ein Beispiel aus der Kunstgeschichte ist das Bild „Erwartung“ von Richard Oelze (1934): eine Gruppe von Menschen steht verharrend in einer

trüben Landschaft vor der in der Ferne bedrohlich aufziehenden Gewitterfront, die nachweisbar auf das gerade an die Macht gekommene nationalsozialistische Regime anspielt. Wolfgang Mattheuers Bild „Gewitter vor Schöneck“ (1980) zeigt hingegen das bereits ausgebrochene Gewitter mit schneidendem Blitz und herabrauschendem Regen über einer vogtländischen Dorfkirche. Ebenso taucht das Motiv in dem Gemälde „Blitz aus heiterem Himmel“ (1972) und „Was nun?“ (1980) auf. Letztgenanntes zeigt eine Reihe von unschlüssig dastehenden oder resigniert zusammengesunkenen Menschen, die auf einem kleinen Stück Holz auf dem Meer treiben: In der Ferne zieht ein Gewitter auf. Welche Hoffnung besteht noch? Die auf der Insel gefangenen sind dem Unwetter ausgeliefert, sie wurden ihrem Schicksal auf Gedeih und Verderb ausgehändigt. Die Insel: die DDR? Das Gewitter: die Auswirkung einer gescheiterten Utopie?

Kurzbiographie

Anja Hertel, 1980 in Werdau geboren, studierte Germanistik und Kunstgeschichte an der Universität Leipzig. Ab 2004 studentische, dann bis 2006 wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Kunstgeschichte Leipzig: Lehrauftrag und Leitung des Projektes „Digitale Medien“. Mitwirken an zahlreichen Projekten zu W. Mattheuer: Vorträge u. a. in der Galerie Schwind Leipzig, Publikationen für das Museum der bildenden Künste Leipzig und die Kunstsammlungen Chemnitz.

Gliederung

I Einleitung

II Theoretische Grundlagen

- 1 Die Politische Landschaft
 - 1.1 Der Begriff ‚Politische Landschaft‘ als politische Metapher
 - 1.2 Politische Landschaft DDR – Natur- und Landschaftsbegriff
 - 1.2.1 Wirtschafts- und Umweltpolitik der SED in den 50er und 60er Jahren
 - 1.2.2 Landeskulturgesetz ab 1970
 - 1.2.3 Utopie und Wirklichkeit
(Umweltbewusstsein – Umweltzerstörung; Heimat – Heimatverlust;
Aufbruch – Ausbruch)
Fazit
 - 1.3 Die Politische Landschaft als Begriff und Motiv in der Kunst
 - 1.3.1 Kunsthistorischer Abriss politischer Landschaftsmalerei
 - 1.3.2 Industrialisierung und Landschaftsmalerei
 - 1.3.3 Politische Landschaft im Nationalsozialismus
 - 1.3.4 Zwischenfazit: *repräsentative* versus *kritische* politische Landschaften
 - 1.3.5 Landschaftsmalerei nach 1945
- 2 Landschaftsmalerei in der DDR
 - 2.1 Landschaftsmalerei in der offiziellen sozialistischen Kunsttheorie der DDR
 - 2.1.1 1. Phase 1948 – 1958
Kunstpoltik: im Zeichen der Formalismuskampagne
Landschaftsmalerei: Schönheit der Heimat und künstlerisches Erbe
 - 2.1.2 2. Phase 1958 – 1971
Kunstpoltik: im Zeichen der Bitterfelder Wege und der wissenschaftlich-technischen Revolution
Landschaftsmalerei: Industrie, Tagebau, Landwirtschaft
 - 2.1.3 3. Phase 1971 – 1978
Kunstpoltik: im Zeichen der Honecker-Ära: „Breite und Vielfalt in der Kunst“
Landschaftsmalerei: Landschaft als „Raum vielfältiger Lebensbeziehungen“
 - 2.2 Die kritisch-politische Landschaftsmalerei - Landschaftsmalerei in den Kunstausstellungen der DDR und ihre Rezeption
 - 2.2.1. „*Landschaften mit ihrer sommerlichen Fülle*“ – Rezeption des Laienpublikums

- 2.2.2 „*Muss unsere Kunst intelligenzintensiv sein?*“ – Rezeption der Kunstwissenschaft
- 2.2.3 „*Das Kunstwerk als Gesprächspartner*“ – vom Künstler-Betrachter-Widerspruch zum Künstler-Betrachter-Dialog. Landschaftsbilder der 60er Jahre
- 2.2.4 „*...laute und klare Botschaften auch in der Landschaftsmalerei*“ – symbolische Landschaftsbilder der 70er Jahre

III Analytischer Teil

- 1 Die politische Landschaft bei Wolfgang Mattheuer
 - 1.1 Biographie
 - 1.2 Naturbegriff und Landschaftsbild
 - Heimat und Welt
 - Landschaft als Inspirations- und Rückzugsraum
 - Landschaft als Projektionsfläche gesellschaftspolitischer Prozesse
 - 1.3 Kunstkonzept
 - Das Finden von Wahrheit; Realismusbegriff
 - Form und Inhalt – Sinnbild und Metapher
 - Künstler-Betrachter-Dialog und Ambivalenz
 - Das Politische und das Symbolische in der Landschaftsmalerei
 - 1.4 Mattheuer und die Romantik sowie das romantische Erbe
 - 1.4.1 Romantikrezeption in der DDR
 - 1.4.2 Caspar David Friedrichs als „politischer Landschaftsmaler“
 - 1.4.3 Romantikrezeption Mattheuers
 - 1.4.4 Caspar David Friedrich und Wolfgang Mattheuer – eine Verbindung
 - 1.5 Literarische Vorbilder und philosophische Konzepte Mattheuers

- 2 Die Landschaftsbilder
 - 2.1 Statistische Aufführung der Landschaftsbilder (Werkverzeichnis)
 - 2.2 Kategorisierung
 - 2.3 Das Vogtland als politische Landschaft

- 3 Landschaftsmotive und ihre Bedeutungsgeschichte

- IV Schlussbemerkung

Auswirkungen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf die Familien der Inhaftierten

von Maya Böhm

In der ehemaligen DDR waren circa 200.000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert. Viele dieser ehemaligen Inhaftierten leiden in Folge ihrer Haft Erfahrungen an psychischen, körperlichen und sozialen Beeinträchtigungen. Die Haftzeit war nicht nur für sie, sondern auch für ihre Familien eine Zeit äußerer und innerer Veränderungen. Bisher fehlen jedoch empirische Erkenntnisse dazu, wie sich eine politische Inhaftierung in der DDR auf die PartnerInnen und Kinder der Inhaftierten auswirkte. Im hier beschriebenen Vorhaben sollen die Auswirkungen einer politischen Inhaftierung auf die Familien der Inhaftierten anhand drei übergeordneter Fragen untersucht werden.

1. Welchen Veränderungen der Lebensumstände waren Kinder und PartnerInnen politisch Inhaftierter nach der Festnahme ausgesetzt?
2. Wie veränderten sich die Familienbeziehungen in den betroffenen Familien während und nach der Haftzeit?
3. Welche Auswirkungen auf ihre Gesundheit und politischen Einstellungen resultierten für die Familienmitglieder aus der politischen Haft und damit in Zusammenhang stehenden Ereignissen?

Die politische Inhaftierung eines oder mehrerer Familienmitglieder in der DDR zog für die anderen in der Regel eine Veränderung der Lebenssituation nach sich. Sie mussten zum Beispiel verringertes Einkommen hinnehmen und wurden häufig selbst in wichtigen Lebensbereichen wie Beruf und Schule benachteiligt. Zum Teil wurden Angehörige politisch Inhaftierter Opfer so genannter „Zersetzungsmaßnahmen“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Rückkehr der inhaftierten Familienmitglieder bedeutete eine erneute Veränderung. Nun waren es nicht nur die äußeren Umstände, die eine Belastung für die Familien darstellen konnten, sondern auch die Nachwirkungen der potenziell traumatisierenden Haft Erfahrungen der Entlassenen. Traumatische Erlebnisse können sich innerhalb einer Familie auch auf die Familienmitglieder auswirken, die diesen nicht selbst ausgesetzt waren. Ergebnisse aus Studien in anderen Personengruppen haben gezeigt, dass traumatische Erlebnisse der Eltern zu einem erhöhten Risiko für psychische Erkrankungen der Kinder führen können. Es wird dort jedoch auch auf besondere Kompetenzen dieser Kinder hingewiesen sowie darauf, dass die elterlichen Erlebnisse die Einstellungen ihrer Nachkommen entscheidend beeinflussen können. In Hinblick auf Familien politisch Inhaftierter in der DDR ist in diesem Forschungsvorhaben die Einstellung zur ehemaligen DDR und zu den derzeitigen politischen Verhältnissen von besonderem Interesse. Im Einklang mit bisherigen Untersuchungen zu familiären Auswirkungen traumatischer Erlebnisse werden auch hier Aspekte der psychischen Gesundheit untersucht. Die Familienbeziehungen als Verbindung zwischen den ehemaligen Inhaftierten und ihren Angehörigen können einerseits in ihrer Funktion als Ressource der einzelnen Mitglieder in der Bewältigung innerer und äußerer Belastungen betrachtet werden, andererseits als System, das sich durch Veränderungen an diese Belastungen anpassen musste. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, mit welchen Strategien die von politischer Inhaftierung betroffenen Familien den DDR-spezifischen Belastungen wie der vielfach nach der Haft eingeforderten Schweigepflicht oder dem Berufsverbot begegnet sind.

Methodisch gliedert sich die Untersuchung in zwei Teile. Im ersten Teil werden über Fragebögen Auswirkungen der politischen Inhaftierung auf die äußeren Lebensumstände, die Familienbeziehungen, die psychische Gesundheit und Einstellungen der ehemaligen Inhaftierten, ihrer PartnerInnen und Kinder erhoben. Im zweiten Teil werden darauf aufbauend narrative Interviews mit ausgewählten Familien geführt. Zusammengefasst ergeben sich daraus Erkenntnisse zu Art und Ausmaß politischer Repressionsmaßnahmen gegen Familien politisch Inhaftierter sowie dazu, wie sich die Inhaftierung und damit in Zusammenhang stehende Ereignisse nach subjektivem Empfinden der Betroffenen auf ihre Familienbeziehungen und ihre individuelle Entwicklung auswirkten.

Kurzbiographie

Maya Böhm, 1982 in Köln geboren, studierte Psychologie in Halle/Saale, Leipzig und Stellenbosch (Südafrika). 2007-2008 studentische Hilfskraft im Projekt „Gesundheitliche und soziale Folgen politischer Inhaftierung in der SBZ/DDR“ am selbständigen Institut für Sozialmedizin der Universität Leipzig. In ihrer Diplomarbeit beschäftigte sie sich mit den Auswirkungen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf die Kinder der Inhaftierten.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung
2. Theoretischer Hintergrund
 - 2.1 Politische Inhaftierung in der DDR
 - 2.2 Familienbeziehungen, Familienstressoren und familiäres Coping
 - 2.3 Transgenerationale Auswirkungen traumatischer Erfahrungen
 - 2.4 Befunde zu Einstellungen gegenüber der ehemaligen DDR
3. Fragestellung
4. Methodik
 - 4.1 Die Fragebogenerhebung
 - 4.2 Die Interviewerhebung
5. Ergebnisse
 - 5.1 Ergebnisse der Fragebogenerhebung
 - 5.2 Ergebnisse der Interviewerhebung
 - 5.3 Integration der Ergebnisse
6. Diskussion
 - Literaturverzeichnis
 - Anhang

Die Strafvollzugsanstalt Hoheneck. Das zentrale Frauengefängnis der DDR 1950 – 1989/90

von Sebastian Lindner

Folgt man der Idee des Bürgerrechtlers und Schriftstellers Jürgen Fuchs, wonach sich die Qualität eines Staates nach der Beschaffenheit seiner Gefängnisse bemisst, dann kann Hoheneck als Musterbeispiel für die Defizite des realsozialistischen Strafvollzugs im Speziellen und die DDR im Ganzen dienen. Vierzig Jahre lang stand der Name Hoheneck für berüchtigten Frauenstrafvollzug. Nun soll die Zeit zwischen 1950 und 1989/90 einer genaueren Betrachtung unterzogen werden, da jegliche wissenschaftliche Analyse des größten Frauengefängnisses der DDR bisher ausgeblieben ist. Im Gegensatz zu bisherigen Arbeiten zum sozialistischen Strafvollzug wird die Gruppe der kriminellen Häftlinge nicht ausgeblendet, sondern in die Untersuchung einbezogen, so dass erstmals der gesamte Mikrokosmos Strafvollzugsanstalt, inklusive des Personals, Gegenstand einer wissenschaftlichen Arbeit wird. Anhand des berüchtigten Stollberger Frauengefängnis wird damit einem konkreten Haftort Gestalt verliehen, um an ihm die Facetten des realsozialistischen Strafvollzuges und dessen Transformation aufzuzeigen. Die Fokuserweiterung auf alle Insassen und das Personal ermöglicht eine dezidierte Untersuchung des Zusammenlebens der politischen und kriminellen Häftlinge in der Verwahrung als auch am Arbeitsplatz, der Rolle der Volkspolizisten als Aufseher und „Erzieher“ sowie der Staatssicherheit, und ist notwendig um fundierte Rückschlüsse auf den gesamten Repressionsapparat zu ziehen.

Vierzig Jahre Hoheneck Strafvollzug bedeuten keinen monolithischen Block sozialistischen Strafvollzugs. Vielmehr ist es ein nebenher von Kontinuitäten und Brüchen, die sich weder auf die formale Gesetzgebung noch auf die vor Ort handelnden Personen allein eindampfen lassen. Denn die politische Großwetterlage hat maßgeblichen Einfluss auf den Strafvollzug. Ob Stalins Tod und die anschließende Entstalinisierung, Mauerbau, UN-Beitritt oder Glasnost und Perestroika – all diese Ereignisse schlugen sich im Strafvollzug in unterschiedlicher Intensität nieder. Mal bedeuten sie eine Welle von Entlassungen, ein anderes Mal füllen sich die Zellen schneller als je zuvor. So bemerkten die Gefangenen während des Volksaufstandes, dass die Aufseherinnen plötzlich viel freundlicher waren. Und als die DDR um internationale Anerkennung rang, schlug sich dies auch im neuen Strafvollzugsgesetz nieder.

Eine nahezu alles überlagernde Signatur des realsozialistischen Strafvollzugs und damit von Hoheneck war der repressive Charakter des Arbeitseinsatzes. Unter dem Vorbehalt des Erziehungsanspruches, mit dem vermeintlichen Ziel die Gefangenen (wieder) zu vollwertigen und nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen, wurden die Insassen der ostdeutschen Gefängnisse zur Zwangsarbeit herangezogen. So mussten die Frauen in Hoheneck Bettwäsche für westdeutsche Versandhäuser nähen, Uniformen für Strafvollzugsbedienstete anfertigen, Elektromotoren montieren, Damenstrumpfhosen herstellen und die Logistik der Haftanstalt unterstützen. So wurde mit der Zeit die Gefängnisproduktion ein fester Bestandteil der Planwirtschaft, was besonders dann offensichtlich wurde, wenn Amnestien dazu geführt hatten, dass die anvisierten Produktionsziele in Gefahr gerieten, weil nicht genügend „Personal“ vorhanden war.

Die Rekonstruktion und Analyse der Vorgänge in und um Hoheneck fußen auf umfassenden Quellenmaterial unterschiedlichster Provenienzen. Neben dem Bundesarchiv, den Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz und Dresden, der BStU nähren auch das Archiv des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und die unverzeichneten, doch unverzichtbaren Bestände der JVA Waldheim das Wissen um die Strafvollzugsanstalt. Gerade die in Waldheim eingelagerten Gefangenenpersonalakten bilden einen reichhaltigen Fundus, der u. a. Auskunft über den sozialen Background, Straftat und Strafmaß der Gefangenen gibt.

Kurzbiographie

Sebastian Lindner, 1980 in Altdöbern geboren, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Technikgeschichte und Germanistik/Literaturwissenschaft an der TU Dresden. Seine Magisterarbeit thematisierte die „Arisierung in Dresden“ zwischen 1933 und 1938. Nach dem Studium war er u. a. Mitarbeiter im Frauenstadtarchiv/Zeitzeugenarchiv Dresden. Im Austausch mit einem Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten kam er zu seinem Promotions-thema.

INHALTSVERZEICHNIS

- I. Vorwort
- II. Einleitung
 1. Quellenlage
 2. Forschungsstand
- III. Hoheneck im Wandel der Zeit
 1. Von der Staleburg zum Weiberzuchthaus
 2. Männerknast und Reservelazarett
 3. Jugendgefängnis
- IV. Recht, Justiz und Strafvollzug in der SBZ und DDR
 1. Das Organ Strafvollzug
 2. Die HA VII des MfS und ihre kommunale Verlängerung der Bezirksbehörde
 3. Das sozialistische Recht
 - Exkurs:* Das Frauenbild in der DDR und DVP
- V. Strafvollzugsanstalt Hoheneck
 1. 1950 – 1959: Willkür und Widrigkeiten
 - i. „Ihr habt unsere Väter und Mütter im KZ vergast“
Exkurs: Die SMT-Verurteilten
 - ii. Erziehung durch Arbeit – Nähen für die Haftanstalt
 - iii. Die Kinder der Landesregierung
 - iv. Krisenjahr 1953 – Stalins Tod, Volksaufstand und Hungerstreik
 - v. Entstalinisierung und Amnestie
 - vi. Medizinische Versorgung
 - vii. Die Thesen über Grundfragen des Strafvollzugs und ihr Niederschlag auf den Haftalltag in Hoheneck
 2. 1960 – 1970: Einmauern vs. Reform
 - i. Der 13. August 1961 – doppelt eingemauert
 - ii. Häftlingsfreikauf
 - iii. „Die gemeinsame produktive Arbeit ist das Kernstück der Erziehung.“
Exkurs: Heinz Szkibiks sozialistischer Strafvollzug
 - iv. Strafvollzugsgesetz 1968 – Regelwerk der Unterdrückung
 - v. Zum Verhältnis von Volkspolizei und Staatssicherheit
 3. 1971 – 1977: Die heile Welt des Strafvollzugs
 - i. Sozialistische Profitmaximierung und ansteigende Kriminalität
 - ii. Körper und Geist – Medizin und Psychologie in Hoheneck
 - iii. Schlingerkurs – Strafvollzugsgesetze 1974 und 1977
 - iv. 30 Jahre DDR – ökonomische Folgen der Amnestie(n)
 - v. Personalroulette – Der stetige Wechsel an der Anstaltsspitze
 4. 1978 – 1989: Zurück zu den Wurzeln
 - i. Republikflüchtlinge zur Devisenbeschaffung
 - ii. Volkspolizisten – Weder Freunde, noch Helfer
 - iii. Amnestie 1987
 - iv. Glasnost, Perestroika und 40 Jahre DDR
 - v. Der politische Umbruch
- VI. Die Binnenbeziehung zwischen politischen und kriminellen Gefangenen
- VII. Fazit: Die Wechselbeziehung zwischen Politik und Strafvollzug

- VIII. Erinnern – Mahnen – Gedenken
 - 1. Gefangenenliteratur
 - 2. Der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen
 - 3. Strafvollzugsanstalt von medialem Interesse
 - 4. Gedenkstein, Stollberger Ausstellung und Wanderausstellung
 - 5. Hoheneck als Gedenkstätte?!
- IX. Zusammenfassung
- X. Abkürzungsverzeichnis
- XI. Chronologie
- XII. Anhang
 - 1. Statistiken
 - 2. Dokumente
- XIII. Quellenverzeichnis
- XIV. Literaturverzeichnis

Register

„Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!“? - Stabilität und Erosion an der SED-Parteibasis

von Sabine Pannen

Die wichtigste Institution des politischen Systems der DDR, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, fügte sich im Herbst 1989 entgegen aller zuvor gepflegten Selbstdarstellungen ohne gewaltsame Gegenwehr dem revolutionären Aufbegehren der Ostdeutschen. In diesem Prozess verlor die einstige Massenpartei nicht nur ihre Macht, sondern auch etwa 90 Prozent ihrer Mitglieder und konzentrierte sich auf die teils offene, teils konspirative Verteidigung ihres Apparates und seines materiellen Erbes. Das Dissertationsprojekt geht von der Hypothese aus, dass der Zerfall der Massenpartei, der sich binnen weniger Wochen vollzog, nicht allein einer situativen Dynamik geschuldet war. Innerparteilich wirkten langfristig Prozesse der Entfremdung, Delegitimierung und Desintegration, die den schlagartigen Zerfall subkutan vorbereiteten.

Ziel der Untersuchung ist eine Analyse des Wandlungsprozesses des SED-Parteilebens an der Basis als Ursache und Ausdruck der Finalitätskrise. Dabei sollen die Ursprünge, Inhalte und Formen des Wandels sowie die Werthaltungen und Selbstverständnisse der Parteimitglieder analysiert werden, die sich bisher als eine mehr oder weniger diffuse Mischung von idealistischen und pragmatisch-opportunistischen Motivlagen und Handlungsmaximen darstellen. Die Untersuchung geht von der Überlegung aus, dass in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine stabile Gesamtsituation in der Partei herrschte, wobei in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bereits eine subkutane Delegitimierung einsetzte, die jedoch weitestgehend unartikuliert blieb. Mit dem sowjetischen Reformprogramm ab 1985 änderte sich diese Konstellation.

Im Zentrum des Interesses steht die Praxis des Parteilebens mit ihren integrierenden und disziplinierenden Facetten, wobei der praktische Stellenwert der Massenpartei im sozialen Leben analysiert werden soll. Dazu zählen die Bedeutung von Mitgliederversammlungen, Parteilehrjahr, Parteiaufträgen, Parteistrafen und anderen Ritualen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die soziopolitische Distinktionskraft der Parteizugehörigkeit gelegt. Auf welche Werte und Orientierungspunkte beriefen sich Parteimitglieder in der parteiinternen „Öffentlichkeit“, bei Konflikten und Disziplinarverfahren? In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie sich das Selbstverständnis der einfachen Parteimitglieder als Teil der „Avantgarde“ und als Teil der „Bevölkerung“ wandelte. Im Arbeitsleben nahmen sie nicht selten die Rolle als Vermittler zwischen „oben“ und „unten“ ein, die angesichts der sich zuspitzenden Krise im Laufe der achtziger Jahre zunehmend schwieriger wurde. Wie reflektierten Parteimitglieder über ihre Scharnierfunktion zwischen Partei und Bevölkerung?

Die Analyse der Erosionsprozesse an der Parteibasis schließt die Fragen nach den Haltungen, Motivlagen und Selbstinterpretationen der SED-Mitglieder ein. Darüber hinaus soll auch die Funktion der massenparteilichen Integrationsmechanismen und Rituale in der SED, der als monolithisch gedachten Kampf- und Avantgardeorganisation der „Diktatur des Proletariats“, untersucht werden.

Methodisch gliedert sich die Untersuchung in zwei Bereiche. Neben der Auswertung des breiten Forschungsstandes werden im ersten Schritt Berichte des Zentralkomitees und des MfS zu Stimmungslagen in der Partei sowie retrospektive öffentliche Äußerungen von SED-Mitgliedern etwa in Memoiren, Statements und Dokumentarfilmen ausgewertet. Ausgehend von diesem Spektrum wird eine vertiefende Lokalstudie zur Parteibasis mit Archivauswertungen und Interviews abgeschlossen.

Das Promotionsprojekt will mit der Erforschung des Innenlebens der SED, ihrer sozialen Praxis und der Bedeutung des „Parteilebens“ in den achtziger Jahren, einen Beitrag zur Frage nach den Grundlagen der Integrationskraft kommunistischer Massenparteien als Hauptsäule der politischen Systeme sowjetischen Typs leisten.

Kurzbiographie

Sabine Pannen, geboren 1980, studierte von 2001 bis 2008 Neuere und Neueste Geschichte und Kunstgeschichte in Berlin und Kapstadt. Daneben arbeitete sie als studentische Hilfskraft am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin. Nach Abschluss ihres Studiums war sie im SPD-Parteivorstand und freiberuflich für das Deutsche Historische Museum in Berlin tätig. Seit Januar 2010 ist sie als Doktorandin am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam assoziiert.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung

Fragen an das SED-Innenleben

Fragestellung, Methode, Forschungsstand, Quellenlage, Ideologie und Legitimität im späten Staatssozialismus

2. Die Partei und ihre Mitglieder

2.1. Am Ende des „langen Jahrzehnts“ – zur Gesamtlage der Partei 1979/80

2.2. Die SED als Massenpartei des „entwickelten Sozialismus“ – Umriss einer Typologie der Mitgliedermilieus

3. Stabilität und Agonie 1979 bis 1985

3.1. Zentrale Berichte und ihre Themen

3.2. Parteileben an der SED-Parteibasis in Brandenburg/Havel I:

Aus den Parteiversammlungen, Austritts- und Disziplinargeschehen, Erinnerungen und Interviews

4. Glasnost und Perestroika: Erosionen 1985 bis Mai 1989

4.1. Zentrale Berichte und ihre Themen

4.2. Parteileben an der SED-Basis in Brandenburg/Havel II:

Aus den Parteiversammlungen, Austritts- und Disziplinargeschehen, Erinnerungen und Interviews

5. Die Dynamik des Zerfalls: Vom 7. Mai bis zum 7. Oktober 1989

5.1. Zentrale Berichte und ihre Themen

5.2. Parteileben an der SED-Basis in Brandenburg/Havel III:

Aus den Parteiversammlungen, Austritts und Disziplinierungsgeschehen, Erinnerungen und Interviews

6. Ausblick: Eine Partei ist (fast) am Ende - Die SED in der Herbstrevolution

7. Zusammenfassung Anhang (Quellen, Literatur etc.)

Fernsehen, Öffentlichkeit und friedliche Revolution 1989

von Thomas Großmann

Am 7. Oktober 1989 hängte Steffen S. im brandenburgischen Lindow ein Transparent mit seinen Forderungen für den 40. Jahrestag der DDR auf den Markplatz des kleinen Dorfes: „Reelle Berichterstattung in unseren Medien – freie Wahlen statt Manipulation – Reisefreiheit statt Massenflucht – Zulassung von Oppositionsgruppen – Mitbestimmung in der Gesellschaft statt Entmündigung – Reformen statt Volksverdummung und einen Zivilersatzdienst“. Ganz ähnlich brachten in diesen Herbsttagen 1989 Zehntausende DDR-Bürger ihren Unmut und ihre Verzweiflung über das Leben in der DDR, über die ökonomische und politische Mangelgesellschaft durch Demonstrationen, Gebete, Flugblätter und Transparente zum Ausdruck. Nach Jahren der scheinbaren Ruhe entstand innerhalb weniger Wochen aus kleinen Kreisen eine breite Oppositionsbewegung gegen die Allmacht der Staatspartei SED. Immer wieder begegnete man in diesen Tagen der Forderung nach einer „reellen Berichterstattung“ und einem Ende der „Volksverdummung“. „Die Leute sind wütend über die anhaltende Schönfärberei, über die billige Informationsmanipulation“, schrieb der Leipziger Schriftsteller Radjo Monk am 3. Oktober 1989 in sein Tagebuch. Selbst unter den Stützen der SED-Herrschaft breiteten sich Zweifel aus, wie es weitergehen könne, wenn von der Parteiführung nichts zu hören und zu sehen war. So fasste die Hauptabteilung I des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) die Stimmung unter den Soldaten und Offizieren der Nationalen Volksarmee am 7. Oktober wie folgt zusammen: „Zunehmend breiter finden Äußerungen und Fragen zur ‚Inneren Opposition‘ und deren Aktivitäten Niederschlag im Stimmungsbild. So wächst die Erwartungshaltung zu einem Reagieren der Medien der DDR. Besonders in den gebildeten Einsatzkräften wird der Widerspruch zwischen den Darstellungen der Medien und dem Verschweigen der Ereignisse einerseits und den erfüllte Aufgaben andererseits angesprochen. Besonders Führungs- und Berufskader erwarten eine Reaktion der Partei- und Staatsführung auf die anstehenden Fragen der inneren Entwicklung.“ Seit Monaten schon war die SED-Führung nicht in der Lage, angemessen auf die Herausforderungen des Jahres 1989 zu reagieren. Zu diesen Herausforderungen zählten seit dem Sommer 1989 insbesondere die Nachrichten und Berichte des West-Fernsehens. Denn bekanntlich konnten in der DDR rund 85 bis 90 % der Menschen ARD, ZDF und die regionalen dritten Programme empfangen und die Korrespondenten der westdeutschen Hörfunk- und Fernsehsender unterliefen auf diese Weise das von der SED angestrebte aber nie erreichte Informationsmonopol. Es liegt daher nahe, nach der konkreten Bedeutung der Fernsehnachrichten und die durch sie hergestellte Öffentlichkeit für die friedliche Revolution und das Ende der SED-Herrschaft zu fragen. Eine einfache Antwort kann es aber nicht geben, denn Medienwirkungen sind nicht kausal. Das Stimulus-Response-Modell linearer Kommunikation führt hier in die Irre. Ziel des Forschungsprojektes ist es daher nicht, Wirkungen der Fernsehnachrichten nachträglich zu „messen“. Vielmehr kann ein kommunikatives Feld beschrieben werden, dass in der besonderen Situation 1989 auch eine besondere Bedeutung hatte. Die Einzelelemente dieses Feldes wie etwa das Fernsehen, die Straße, die Kirchen und verschiedene Publikationen und Gruppen können einzeln betrachtet und auf plausible Verknüpfungen und Wechselwirkungen hin untersucht werden.

Mit dem Jahr 1989 änderten sich Themen und Tendenzen der bisher üblichen Berichterstattung in den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Sender der Bundesrepublik. Insbesondere waren Michael Gorbatschows Perestroika, die Verhandlungen am Runden Tisch in Polen, die ersten halbfreien Wahlen zum polnischen Parlament sowie die deutlich erkennbare Hinwendung der Reformkommunisten in Ungarn zu Demokratie und Marktwirtschaft über die Berichte der Korrespondenten von ARD und ZDF in der DDR präsent. Diese Berichte bildeten einen deutlichen Kontrast zu den Informationen der DDR-Medien, denen dazu wenig bis gar nichts zu entnehmen war. Stattdessen pries der Partiejournalismus der „Aktuellen Kamera“ die Perspektive eines „Sozialismus in den Farben der DDR“, was auf eine weitere Isolierung im von Gorbatschow versprochenen „gemeinsamen europäischen Haus“ hindeutete.

Wertet man die Nachrichtensendungen der ARD und des ZDF nach thematischen Kriterien wie z.B. „Berichte über Flüchtlinge“, „Proteste in der DDR“ und „Berichte über Opposition“ aus, bestätigt sich die Annahme, dass sich „Tagesschau“ und „Heute“ von März bis Anfang Oktober 1989 zu einer Art Ersatz-Öffentlichkeit für die politischen, ökonomischen und sozialen Probleme der DDR entwickelten. Auch weil sich der Umfang der Berichterstattung aus Ost-Berlin in diesem Zeitraum etwa verzehnfacht hatte. Das bedeutete zunächst, dass die Probleme der DDR durch ARD und ZDF überhaupt thematisiert wurden. Somit war ein Mindestmaß an Informationen verfügbar und die westdeutschen Nachrichtensendungen wirkten an der privaten Meinungsbildung der Mehrheit der DDR-Bürger mit. Sie schufen durch diese Thematisierung der Probleme ein Krisenbewusstsein, das sich mit der privaten Alltagserfahrung verband und das zunehmende Bedürfnis nach glaubwürdiger Information und Kommunikation weckte. Dieses Bedürfnis konnte und sollte durch das staatlich kontrollierte Mediensystem der DDR nicht geleistet werden. Besonders im Sommer 1989 war das unübersehbar, als Zehntausende DDR-Bürger das Land über Ungarn in die Bundesrepublik verließen. Mit einer Mischung aus Schweigen und Diffamierung reagierten die DDR-Medien auf den augenscheinlichen Exodus, der den Problemen der DDR-Gesellschaft Gesichter und Stimmen gab. Besonders diese Bilder und Äußerungen der Flüchtlinge scheinen das latent vorhandene Gefühl der Stagnation und der Krise bestärkt zu haben. So entstand in der DDR eine politisch-kommunikative Verdichtung, was bedeutet, dass sich die Aufmerksamkeit und die Medienkontakte der Menschen erhöhten. Gleiches gilt für die Bedeutung der Anschlusskommunikation zwischen Kollegen sowie in den Familien und im Freundeskreis.

Tatsächlich nehmen die Bilder und Berichte über die Flüchtlingswelle in den Quellen einen breiten Raum ein und lassen die Zuspitzung der Situation erahnen. So schrieb Radjo Monk über die Ausweisung der Flüchtlinge aus den Botschaften am 3. Oktober 1989: „Am Wochenende sind Tausende aus den Botschaften der BRD in Prag und Warschau in Zügen der Deutschen Reichsbahn ‚abtransportiert‘ worden in den Westen. In der Prager Botschaft sollen sich dreitausend Leute aufgehalten haben, in Warschau knapp tausend – das sind insgesamt viertausend. Angekommen im Westen sind aber sechstausend. Sind da noch zweitausend auf die durch DDR-Gebiet fahrenden Züge aufgesprungen? In den Westmedien gerinnt das absurde Drama zum Rührstück für Liebhaber der ganz großen Geste, die hiesigen Medien sind mit Schuldzuteilung und Verdrängung beschäftigt. (...) Zurzeit ist es ganz gleich, wohin man sich begibt, überall stößt man mit der Nase auf das Problem Nummer eins: Ausreise oder Reformen.“ Die wochenlangen Berichte und besonders die dramatischen Bilder über die Massenflucht vieler vor allem junger DDR-Bürger haben über das Fernsehen eine starke Mobilisierungskraft für breite Bevölkerungskreise entfaltet. Viele Äußerungen deuten darauf hin, dass insbesondere die Kluft zwischen der Berichterstattung von „Tagesschau“ und „Heute“ einerseits sowie der „Aktuellen Kamera“ andererseits für die Mobilisierung des Protests in der DDR bedeutsam war. So schrieb ein Arbeiter aus Gera am 11. Oktober 1989 an das Fernsehen der DDR: „Durch die Ereignisse der letzten Wochen in der CSSR, DDR und Ungarn wie auch Polen, durch selbst erlebtes und Diskussionen auf allen Ebenen meines Umfeldes, durch die Berichterstattung in Funk, Presse und Fernsehen und vor allem durch die fehlende Berichterstattung im Fernsehen der DDR und die skandalöse Kommentierung der Fluchtwelle, der Demonstrationen (...) sehe ich mich veranlasst, Ihnen zu schreiben und meinen Protest kund zu tun. Wie ist es möglich, dass Zehntausende Menschen, die jahrelang den Staat mit aufgebaut haben (...), so diffamiert werden. Eltern hören unglaubliche Urteile über ihre Kinder, Arbeitskollegen geht es nicht besser. Eine wahre Flut von Unrat wurde über die Mitmenschen ausgeschüttet. Gegen die Bezeichnung von Rowdytum für Demonstranten in Leipzig und anderswo möchte ich mich entschieden verwahren. Auch ich gehörte am 9. Oktober zu diesen absolut friedlich demonstrierenden Menschen. (...) Ich kann Ihnen und Ihren Mitarbeitern nur empfehlen, endlich eine wahre Berichterstattung zu bringen.“

Neben der Flüchtlingswelle haben besonders die Fernsehbilder der von Volkspolizei und MfS gewaltsam unterdrückten Proteste und Demonstrationen in Dresden, Leipzig und Berlin zur Delegitimierung der SED-Herrschaft beigetragen. Denn die Staatspartei hatte mit Rücksicht auf das internationale Renommee der DDR stets darauf geachtet, die Gewalt gegen ihre eigenen Bürger nicht sichtbar werden zu lassen. Im September und Oktober 1989 gelang dies

– auch durch die Zusammenarbeit von Bürgerrechtlern und Korrespondenten – immer weniger und entsprechende Bilder lösten ein breites gesellschaftliches Echo aus. Einen Eindruck der Wirkungen dieser Aufnahmen vermittelt ein Tagebucheintrag von Radjo Monk vom 8. Oktober 1989: „Im TV Bilder von den Demos der letzten Nacht in Berlin, Männer in Zivil schlagen auf einen am Boden Liegenden ein, blutende Nasen, erhobene Fäuste, die heilige Fünf aus Zeigefinger und Mittelfinger gebildet vor der Kamera. Bilder aus dem Westfernsehen. Bilder, wie die Polizisten die Straße vor dem Hauptbahnhof entlang stürmen, schwarz-weiß, wahrscheinlich von einem Hotel aus aufgenommen. Eine Frau mit einer Handtasche wird zu einem Mannschaftswagen geführt. Ein Jugendlicher rennt gegen ein erhobenes Schild, wird zurückgestoßen, taumelt, ein Polizist schlägt ihm den Knüppel über den Ansatz der Wirbelsäule. Keine Bilder im DDR-TV. Nur die lapidare Information, dass Randalierer, die mit den BRD-Medien konspirieren, den Jubel stören wollten. Kein Wort, dass es Tausende in vielen Städten waren. Öffentliche Kriminalisierung. Jeder Tag, der mit Verschweigen der Tatsachen vergeht, bringt uns näher an die Mutter der Gewalt, den Vater des Zorns.“ Die von vielen Beobachtern befürchtete gewaltsame Konfrontation des SED-Staates mit seinen Bürgern blieb zum Glück aus, die Revolution blieb friedlich. Für den damaligen Chefredakteur des ZDF, Klaus Bresser, hat die „Macht der Bilder Töten und Sterben verhindert.“ Zusammenfassend lässt sich die Bedeutung der Fernsehnachrichten für die Entstehung einer reflexiven Öffentlichkeit in der friedlichen Revolution 1989 in fünf Punkten zusammenfassen. Erstens gibt es ein enges, dynamisches Verhältnis zwischen realen Ereignissen und ihren medialen Abbildungen. Zweitens hat die konkurrierende Fernsehberichterstattung über die Flüchtlingswelle im Sommer und Frühherbst wichtige Folgen. Denn sie führt zum weiteren Anschwellen der Flüchtlingswelle und zu einer verstärkten Erosion der SED durch ihre kommunikative Verweigerung und Perspektivlosigkeit. Beides begünstigt eine mediale Sondersituation, die als Voraussetzung für die revolutionäre Situation in der DDR verstanden werden kann. Drittens findet eine weitere Delegitimierung durch die in Fernsehbildern sichtbar gewordene Polizeigewalt Anfang Oktober 1989 statt. Die anschließend einsetzende Thematisierung der Polizeigewalt auch in den DDR-Medien führt dazu, dass das fest gefügt diskursive System der DDR Risse bekommt. Viertens setzt die kontinuierliche Berichterstattung von ARD und ZDF das DDR-Fernsehen so unter Druck, dass unter den Journalisten ein allmählicher Loyalitätsverlust gegenüber der SED einsetzt, der mit dem Sturz Honeckers beginnt und eine allmähliche Öffnung der Parteimedien zur Folge hat. In der Folge wird fünftens die innere Dynamik der Entstehung einer unabhängigen, freien Öffentlichkeit und die Erosion der SED-Herrschaft durch die DDR-Medien unterstützt und von den Westmedien beschleunigt.

Kurzbiographie

Thomas Großmann, geboren 1978 in Berlin, studierte an der Freien Universität Berlin Geschichte sowie Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Daneben arbeitete er als studentische Hilfskraft am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin-Dahlem. Mit seiner Magisterarbeit über „die Entstehung von Öffentlichkeit am Ende der DDR“ über den Wandel der Berichterstattung in Zeitungen beendete er 2008 sein Studium. Er ist als Doktorand am Zentrum für Zeithistorische Forschung assoziiert.

Überarbeitete Gliederung

1. Einleitung

2. Herausforderung und Erosion – die Rahmenbedingungen der DDR 1985-89

2.1 Die erstarrte Gesellschaft

2.2 Obsession und Kontrolle – Medienöffentlichkeit in der DDR

2.3 Abgrenzung und Verflechtung – Fernsehen als politisches Leitmedium im deutsch-deutschen Kommunikationsraum

3. Der umstrittene Blick. Bilder und Selbstbilder der DDR von Januar bis Juni 1989

3.1 Westkorrespondenten in der DDR und ihre Berichterstattung

3.2 Oppositionelle Netzwerke – Umweg-Kommunikation mit Risiko

3.3 Der tägliche Selbstbetrug – die „Aktuelle Kamera“ im DDR-Fernsehen

4. Fluchtpunkte. Die Risse im eisernen Vorhang von Juli bis September 1989

4.1 Ausweg Ungarn – Öffnung nach Außen

4.2 Vorbild Polen – Öffnung nach Innen

4.3 Schauplatz CSSR – Machtkampf zwischen Ost und West

5. Fernsehen, Wirklichkeit, Revolution. Oktober bis Dezember 1989

5.1 Von der Flucht zum offenen Widerspruch

5.2 Jubel und Gewalt – der 40. Jahrestag der DDR und die Strategie der SED

5.3 Der Mut der Verzweiflung – friedlicher Protest und die Eroberung der Straße

5.4 Medien, Dynamik und Machtverfall

5.5 Medien, Mauerfall und deutsche Frage

5.6 Öffentlichkeit und öffentliche Meinung – Aneignung und Wandel

6. Zusammenfassung und Schluss

Der Kampf gegen „geistige Grenzgänger“. Die DDR und die Westmedien, 1949-1973

von Franziska Kuschel

Die DDR sah sich seit Beginn ihres Bestehens der medialen Konkurrenz des Westens ausgesetzt. Vor allem der grenzüberschreitende Empfang von Rundfunk- und Fernsehsendungen stand den Bestrebungen der Staats- und Parteiführung, ein Informations- und Meinungsmonopol zu schaffen und dem damit verbundenen Anspruch auf die totale Kontrolle des Kommunikationsprozesses innerhalb der DDR entgegen.

Die Dissertation untersucht den Umgang mit der konkurrierenden Öffentlichkeit der Westmedien innerhalb der DDR. Sie verfolgt dabei eine doppelte Perspektive: Zum einen werden die Versuche analysiert, die Nutzung westlicher Medien zu verhindern, die Kommunikation über dort Gehörtes, Gesehenes oder Gelesenes zu kriminalisieren und schließlich Kontakte zu westlichen Medien zu unterbinden. Zum anderen werden diesen Versuchen des Verbots, der Lenkung und Kontrolle „von oben“ die alltäglichen Praxen der Mediennutzer „von unten“ gegenübergestellt.

Massenmedien waren im Verständnis der DDR-Staats- und Parteiführung schlagkräftige „Waffen“ bei der Erziehung, Mobilisierung und Anleitung der Massen. Analog zur Überschätzung der Wirkungen der eigenen Medien wurde westlichen Medienangeboten ebenfalls eine Macht der Überwältigung zugestanden und diese als „Verführer“ der eigenen Bevölkerung gesehen. Eine Vielzahl von Maßnahmen – vom Betrieb von Störsendern über Postkontrollen bis hin zur Einrichtung von Fernsehstuben – wurde ergriffen, um den Zugang bzw. Empfang zu unterbinden und den Medienkonsum zu kontrollieren.

Am offensichtlichsten aber wurden die Auseinandersetzungen mit den westlichen Medien und ihren Nutzern, als „geistige Grenzgänger“ (Karl-Eduard von Schnitzler) gescholten, mit propagandistischen Mitteln geführt. Gegenstand der Arbeit sind daher die vielfältigen, teils parallel laufenden Kampagnen, über die versucht wurde, die eigene Bevölkerung für die gewünschte Mediennutzung zu mobilisieren. Es wird nach der besonderen Rolle von Erziehern, Lehrern und der Jugendorganisation im Zuge der Auseinandersetzungen um die „richtige“ Mediennutzung gefragt.

Ein weiterer Fokus der Arbeit liegt auf der Frage nach dem Einsatz der Justiz in diesem Zusammenhang. Insbesondere im Recht finden sich Vorstellungen von Wirklichkeit wieder und werden soziale Ordnungen hergestellt. Es werden die Straftatbestände analysiert, die zur Strafverfolgung herangezogen wurden. Es wird gefragt, welche Grenzen des Erlaubten dabei ausgehandelt wurden. Im Bereich der audiovisuellen Medien etwa bestand das Paradox, dass es, obwohl es kein Gesetz über ein Empfangsverbot gab, dennoch zu Verurteilungen von Mediennutzern kam. So wurde zum Beispiel immer wieder das gemeinschaftliche Fernsehen mit Arbeitskollegen vor Gericht verhandelt.

Darüber hinaus wird sich den performativen Dimensionen von Recht zugewandt. Der Einsatz der Justiz verfolgte nicht nur das Ziel der Abschreckung, sondern zugleich auch immer das der Erziehung. In Prozessen drücken sich also Versuche aus, Vorstellungen „von oben“ über die richtige Mediennutzung zu verbreiten. Es werden daher auch die medialen Inszenierungen von Prozessen untersucht, in denen normative Botschaften über Grenzen, die nicht überschritten werden durften, postuliert wurden.

Das massenhafte Ignorieren des Verbots, Westmedien zu konsumieren, muss als das offensichtliche Indiz für das Scheitern dieser repressiven Politik gesehen werden. Die Nutzer entwickelten vielfältige Strategien, oftmals auch viel Phantasie, um sich Zugang zu den Medienangeboten zu verschaffen, zum Beispiel über so genannte Nachtantennen oder den Schmuggel von Konvertern für den ZDF-Empfang. Die Auswertung von Eingaben sowie Leser-, Hörer- und Zuschauerbriefen kann den steten Wandel ebenso aufzeigen, wie die internen Berichte die Hilflosigkeit der Führung angesichts der alltäglichen Praxen spiegeln. Die Arbeit fragt so schließlich immer auch nach den Grenzen einer repressiven Medienpolitik sowie den Aushandlungsprozessen über Grenzen des Erlaubten oder Geduldeten.

Kurzbiographie

Franziska Kuschel, 1980 in Lübz geboren, studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Potsdam. Mit ihrer Magisterarbeit über den Schauprozess gegen den RIAS in der DDR Mitte der fünfziger Jahre beendete sie im Jahr 2007 ihr Studium. Anschließend arbeitete sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Europäische Geschichte an der Humboldt-Universität. Sie ist Mutter eines Sohnes.

Vorläufige Gliederung

Einleitung

Teil I Vorgeschichten

- 1 Medienkontrolle
- 2 Diskurse über „Schmutz und Schund“
- 3 Schwarzhörer und ihre Verfolgung

Teil II Der „geistige Grenzgänger“

- 1 Öffentlichkeit(en) in der DDR
- 2 Westliche Medienangebote und ihre Nutzung
 - 2.1 Rundfunk- und Fernsehen
 - 2.2 Zeitungen, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse
 - 2.3 Kino

Teil III Medienpolitik und Justiz

- 1 Empfangshinderung und Medienkontrollen
- 2 Medienpropaganda und Kampagnen
 - 2.1 Feindbild Westmedien
 - 2.2 Feindbilder im Innern
 - 2.2.1 Hörer von RIAS und Co
 - 2.2.2 Leser von „Schund- und Schmutz“
 - 2.2.3 Ochsenköpfe
 - 2.2.4 Kinobesucher und andere Grenzgänger
 - 2.3 Der „ideale“ Konsument
- 3 Justiz
 - 3.1 Strafverfolgung: Rechtsgrundlagen und Verfolgungspraxis
 - 3.2 Von „Staatsgefährdender Propaganda und Hetze“ bis „Spionage“: Straftatbestände
 - 3.3 Prozesse als Medienereignisse
- 4 Wahrnehmung in der Bundesrepublik und Rückwirkungen

Teil IV Der eigen-sinnige Nutzer

- 1 Wahrnehmungen und Wirkungen der Medienpolitik
- 2 Strategien des Umgangs mit Westmedien
 - 2.1 Konstanten und Änderungen in der West-Mediennutzung
 - 2.2 Von Nachtantennen zu Antennengemeinschaften
 - 2.3 Schmuggel- und Tauschgeschichten
 - 2.4 Öffentlichkeit(en) und Privatheit
- 3 Leser-, Hörer- und Zuschauerbriefe
- 4 Westmedien und widerständiges Verhalten?

Teil V Das Scheitern einer repressiven Medienpolitik

- 1 „... nach Belieben ein- oder ausschalten“: Honeckers Eingeständnis 1973
- 2 Wandel der Verfolgungspraxis
- 3 Vom Programmaustausch und Programmreformen: Zugeständnisse an die Mediennutzer

Zusammenfassung und Fazit

Quellen- und Literaturverzeichnis

Einstellungen – Der deutsch-jüdische Zusammenhang im DEFA-Spiel- und Fernsehfilm. Eine kultur- und filmhistorische Untersuchung

von Lisa Schoß

Bekanntermaßen gehörte die Antifaschismus-Thematik zum Herzstück des ostdeutschen Films. Darin spielte deutsch-jüdische Kultur und Geschichte mit ihren gesellschaftlichen, politischen, religiösen, künstlerischen und biographischen Zusammenhängen eine bedeutende Rolle. Dennoch gibt es bislang keine umfassende Dokumentation und vergleichende Analyse der Filme, die sich diesseits wie jenseits des offiziellen Antifaschismus mit diesen Zusammenhängen beschäftigt haben. Zweifellos führte eine gesteuerte Geschichts- und Gedenkpolitik in der DDR zu ganz spezifischen Formen des Erinnerns (und Verschweigens) von deutsch-jüdischer Vergangenheit und Judenvernichtung. Gleichwohl sind, so die Hypothese, die zahlreichen Filme, die sich der Kultur und Geschichte der Juden in Deutschland, der deutsch-jüdischen Erfahrung widmen, mitnichten nur Ausdruck von Reglementierung oder Instrumentalisierung von Juden und jüdischen Themen nach ideologischer Zweckmäßigkeit. Welche Aspekte deutsch-jüdischer Erfahrung im DDR-Film zur Darstellung gekommen sind, und welche gerade hier einen besonderen Akzent erfahren haben, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Ziel ist es, die Filme in ihrem zeit- und kulturpolitischen Kontext als historische Dokumente für die (visuelle) Gedächtniskultur und widersprüchliche Realität deutsch-jüdischen Lebens in der DDR erneut in den Blick zu nehmen. Die Variationen der Themen und ‚Einstellungen‘, Versäumnisse und ideologische Zuschnitte, Eigensinn und subversives Potential sollen aufgezeigt und diskutiert werden.

Zunächst sind da die unmittelbaren Nachkriegsfilme, denen die jüngste Vergangenheit noch emotional und bildhaft präsent ist. In diesen Versuchen der Selbstverständigung tritt das Engagement politisch denkender Leute zutage, die anhand authentischer Stoffe Schlussfolgerungen ziehen und aufklären wollen. Es folgt die Lehrstück-Produktion der 50er Jahre. Im Zuge des sich zuspitzenden Kaltes Krieges ist ideologische Klarheit gefragt, wenn es darum geht, wer auf die Seite der Täter, wer auf die der Opfer gehört, welche deutsche Alternative reaktionär und welche progressiv sei. Wider die ideologische Verengung der Perspektive und den schwindenden Bezug zum Geschehen arbeiten viele Filme der 60er und 70er Jahre. In ihnen geht es um Verantwortung, Verdrängen und Vergessen – nicht zuletzt im Alltag der DDR. Sie erzählen und erinnern deutsch-jüdische Geschichten, sie führen die Verquickung von Gestern und Heute vor, sie fragen nach einem Ort, einer Identität in dieser Geschichte. Im letzten Jahrzehnt der DDR erwacht ein breites gesellschaftliches Interesse an deutsch-jüdischer Geschichte. Filmisch spiegelt es sich in Parabeln vom teutonischen Dünkel des Kaiserreichs oder in, bisweilen tödlichen, Rollenspielen mit deutsch-jüdischen Identitäten. Auffällig auch, die Bilder der DEFA sind selbst historisch und damit zitierbar geworden – ein Kreis schließt sich.

Die Geschichten und die Geschichte im Film, ‚Text‘ und Kontext als einander bedingende Instanzen geben Einblick in das Geflecht der zahlreichen Faktoren, die das Zustandekommen der Filme begleiteten und beeinflussten – sei es eine Gedächtnis- und Kulturpolitik, die die Erinnerungsarbeit der DEFA-Filme beschnitt, sinnstiftend strukturierte und in Konkurrenz zur bundesrepublikanischen ‚Bewältigungsgeschichte‘ stellte; seien es die Produktionsbedingungen, das Maß an Konflikt und Konsens, Antrieb wie Anspruch, Arbeits- und Lebenslinien der Beteiligten, Art und Weise der Rezeption. Es wird diskutiert, wie sich geschichtspolitische Deutungsvorgaben auf die Filme auswirkten, welche Wertungen, Aus- und Überblendungen, gar Einsprüche dabei entstanden? Wie viel Überschuss an persönlicher Erfahrung und authentischer Vergangenheitsaufarbeitung trotz aller staatlicher Steuerungsbemühungen erhalten blieb, mithin welche Freiräume für alternative Perspektiven, welche Veränderungen und Verschiebungen innerhalb der Filme, ihrer (deutsch-jüdischen) Bilder und somit im Wandel des kollektiven Gedächtnisses zu beobachten sind?

Die Filme sind Gedächtnis und Gradmesser der Kultur, aus der sie hervor- und in die sie eingegangen sind. Dabei ist die deutsch-jüdischen Erfahrung in der DDR Teil einer ‚anderen‘

Geschichte innerhalb der deutschen Nachkriegsgeschichte und Gedächtniskultur, ohne die deutsch-jüdische Kulturgeschichte nach 1945 unvollständig bleibt. Wenn mit Blick auf die Gegenwart sinnvoll über diese Kulturgeschichte, Formen der Erinnerungsarbeit und des Gedenkens diskutiert werden soll, kann eine solche notwendige Verständigung nur erfolgreich sein, wenn die unterschiedlichen Erfahrungen, die Menschen mit dieser Erinnerung hier wie dort gemacht haben, in ein Gespräch gebracht werden.

Kurzbiographie

Lisa Schoß, 1979 in Berlin geboren, studierte Neuere deutsche Literatur und Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr Interesse gilt v. a. deutsch-jüdischer Kulturgeschichte. Zusammenarbeit mit dem Institut für visuelle Zeitgeschichte an der Universität Wien, von 2008-09 Stipendiatin der DEFA-Stiftung zur Vorbereitung ihres Forschungsvorhabens, seit 2009 Doktorandin bei Prof. Dr. Christina von Braun am Kollegium Jüdische Studien der HU.

Vorläufige Gliederung

Hierbei handelt es sich um eine behelfsmäßige Gliederung der relevanten Kontexte und analytischen Arbeitsprozesse, die im Zuge der Niederschrift in geeigneter Weise synthetisiert werden.

I. Einleitung

II. Zeit-, kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Rahmenbedingungen

Zeitgeschichtlicher Kontext

1. Deutsch-deutsche Beziehungs- und ‚Bewältigungsgeschichte‘ aus ostdeutscher Perspektive

1.1 Gründungsmythen: Antifaschismus und Widerstand

1.2 Gedächtnispolitiken: Der Umgang mit Nationalsozialismus und Judenvernichtung

2. Deutsch-jüdisches Leben in der SBZ/DDR

2.1 Politische und gesellschaftliche Fragen im Verhältnis von Deutschen und Juden nach 1945

2.2 Die DDR – „Heimstatt“ für Juden?

2.3 Judentum und Kommunismus: Die „rote Assimilation“ und die „Loyalitätsfalle“

2.4 ‚Antifaschismus‘, ‚Antizionismus‘, ‚Antiimperialismus‘ – und Antisemitismus

Kultureller Kontext

3. Die DEFA

3.1 Inhaltliche und formale Neuausrichtung des Films nach 1945

3.2 Film zwischen Fremd- und Selbstbestimmung

4. Die Rolle der Films oder ‚Zwischen-den-Bildern-sehen‘

III. Film als kulturelles Gedächtnis: Szenen eines deutsch-jüdischen Zusammenhangs

Juden im DEFA-Spiel- und Fernsehfilm: Filmische Spurensuche

1. Suche nach Zusammenhängen: Nachkriegsfilme

Die Mörder sind unter uns; Ehe im Schatten; Affaire Blum etc.

2. Abstraktion, Konstruktion, Kalter Krieg – DEFA-Filme als Urteilsvollstrecker

Zwischenfall in Benderath; Der Prozeß wird vertagt etc.

3. Schuld und Sühne – Bilder historischen Bewusstseins

Sterne; Prof. Mamlock; Nackt unter Wölfen; Das zweite Gleis; Chronik eines Mordes; Lebende Ware; Jakob der Lügner; Der nackte Mann auf dem Sportplatz etc.

4. Deutsch-jüdische Identitäten

Ich war neunzehn; Die Bilder des Zeugen Schattmann etc.

5. Geschichten deutsch-jüdische Kultur – vor und nach 1933

Levins Mühle; Hotel Polan; Stielke, Heinz, fünfzehn; Die Schauspielerin etc.

6. Offene Enden und andere Fortsetzungen

David; Bronsteins Kinder; Der Passagier; Wenn alle Deutschen schlafen etc.

IV. Zusammenschau – die andere deutsch-jüdische Erinnerung

V. Schlussbetrachtung

Sozialistische Jeans und Turnschuhe – Kulturgeschichte zweier ungarischer Markenprodukte

von Fruzsina Müller

Trapper Jeans, Tisza Turnschuhe: Zwei ungarische Marken aus sozialistischer Zeit, beide nach westlichem Muster hergestellt, Trapper jedoch verpönt und Tisza heiß begehrt. Im kollektiven Gedächtnis der Ungarn haben beide ihren festen Platz. Doch wie war es möglich, im sozialistischen Ungarn überhaupt Markenprodukte, noch dazu Jeans und Turnschuhe – bekannt durch die westliche „Freizeitbewegung“ – herzustellen? Wofür standen bei staatlichen Akteuren, Herstellern und Verbrauchern die Etikette mit dem müden Pelztierjäger bzw. das Markenzeichen „T“?

Die Arbeit greift auf vielfältige Schrift- und Bildquellen zurück. Die Informationsbasis wird durch eine größere Anzahl von Interviews mit ehemaligen Leitern und Arbeitern der beiden Fabriken sowie staatlichen Akteuren und Konsumenten erweitert, d.h. das Vorhaben nutzt auch die Methoden der „Oral History“.

Produkte werden in meinem Vorhaben in Anlehnung an Ina Merkel als Kommunikationsmittel und dadurch als Vermittler kultureller Identität verstanden. Sie werden insbesondere mithilfe des Produktkommunikation-Ansatzes von Rainer Gries untersucht, der gegenwärtige Funktionen und Bedeutungen von Produkten und Zeichen vor dem Hintergrund der Geschichte, Tradition und Erinnerung analysiert. Das Projekt ist eine kultur-, sozial-, wirtschafts-, politik- und rechtsgeschichtlich fundierte Fallstudie, die die Konsumkultur sowohl im staatssozialistisch und planwirtschaftlich verfassten, als auch im postsozialistischen Ungarn untersucht. Der ungarische Fall erweist sich schon in der staatssozialistischen Ära aufgrund der spezifischen Ergänzung und Ersetzung der planwirtschaftlichen Steuerung durch marktwirtschaftliche und informelle Elemente als besonders interessant. Nach der stalinistisch geprägten Rákosi-Ära verschwand langsam der Tabucharacter von Konsum und Mode. Ungarn war im Vergleich zu anderen staatssozialistischen Gesellschaften keine „Markenwüste“ (Zerjeski). Darauf verweist auch das 1965 eingeführte Markengesetz, in dem die in der Marktwirtschaft übliche vertrauensbildende und kommunikative Funktion geregelt wird.

Die offizielle Beurteilung von Jeans änderte sich auch: Am Anfang stand sie schlicht für Verbrechertum, später nur noch für Ungepflegtheit, bis sie schließlich als normale Alltagsbekleidung akzeptiert wurde. Nach einem Wettbewerb sämtlicher ungarischer Textilfabriken kam 1977 die erste echte, d. h. seine blaue Farbe allmählich verlierende Jeans „Trapper“ in die Regale, um nach einer kurzen erfolgreichen Phase 1983 wieder zu verschwinden. Grund dafür war der Kooperationsvertrag der Fabrik mit dem englisch-französischen Jeanshersteller Lee Cooper, dessen Markenzeichen sich besser verkaufte, als Trapper.

Die Produktion der Tisza Turnschuhe dagegen begann nach dem Abschluss eines internationalen Kooperationsvertrags. Die Tisza Schuhfabrik in Martfü (ursprünglich 1941 vom tschechischen Industriellen Thomas Bata gegründet) stellte ab 1971 Adidas Schuhe in Lohnarbeit (nur für den Export) her. Mit denselben Maschinen und Arbeitern lief die Produktion der ungarischen Turnschuhe an. Das Logo von Adidas wurde mit wenigem Aufwand in ein „T“ aus drei Streifen umgewandelt. Mit diesem Markenzeichen verkaufte man die ungarischen Sportschuhe bis in die 1990er Jahre.

Nach der Jahrtausendwende wurden beide Marken zwei Jahre zeitversetzt wiederbelebt. Trapper fand keine besondere Resonanz bei den Konsumenten. Anders die Tisza Schuhe: Durch geschickte Marketingmaßnahmen und Ausnutzung der Retro-Modewelle gelang es 2003 einem jungen Unternehmer, mit dem Drei-Streifen-T eine neue Modemarke zu schaffen.

Das Vorhaben soll zur Untersuchung der ungarischen Konsumententwicklung seit den 70er Jahren bis heute beitragen. Es geht den Fragen nach, wie und von wem die Produktion und Kommunikation der Güter bestimmt wurde und wie die Käufer, die sich nach und nach von passiven „Versorgten“ zu aktiven Konsumenten wandelten, darauf reagierten. Die Analyse der Kulturgeschichte von Trapper und Tisza liefert neue und weiterführende Erkenntnisse

über Prozesse der Individualisierung, Gruppenbildung und Vergesellschaftung im nationalen und internationalen Maßstab.

Kurzbiographie

Fruzsina Müller wurde 1981 in Budapest geboren und studierte dort bzw. in Deutschland Germanistik, Deutsch als Fremdsprache und Journalistik. Sie lebt seit 2005 in Leipzig, wo sie als freie Journalistin, Museumsführerin und Ungarischdozentin arbeitet. Zurzeit promoviert sie an der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig und ist in den Phd-Studiengang „Transnationalisierung und Regionalisierung“ eingebunden. Sie ist Mutter eines Sohnes.

VORLÄUFIGE GLIEDERUNG

I. Einleitung

I.1. Leitende Fragen und Begriffe

I.2. Stand der Forschung

I.3. Quellen, Methoden, Aufbau der Arbeit

II. Grundlagen: Konsum im sozialistischen Ungarn

II.1. Staat, Versorgung, Konsumlenkung

II.2. Keine „Markenwüste“: Marke im sozialistischen Ungarn

II.3. Modelenkung oder freie Entwicklung der Mode?

III. Fallbeispiel 1.: Die ungarische Jeans

III.1. Westjeans, Schwarzhandel: Ein politisches Problem

III.2. Antwort auf ein politisches Problem: Die „Trapper“ Jeans

III.3. Fälschung, Etikettenentfernung: Praktiken der Konsumenten

IV. Fallbeispiel 2.: Eine ungarische Turnschuhmarke

IV.1. Lange kapitalistische Tradition: Schicksal einer ungarischen Schuhfabrik im Sozialismus

IV.2. 1970er Jahre: Umstellung auf die Massenproduktion von Turnschuhen

IV.3. „Peinlich“, „uncool“, „ungarisch eben“: Erinnerungen an die „Tisza“

V. Nach(wende)leben der beiden Marken

V.1. Eine gute Geschäftsidee: Die ungarischen Retro-Turnschuhe

V.2. Unscheinbar weitergeführt: Die „Trapper“ aus nationaler Herstellung

V.3. Ungarische Herkunft, Retro-Mode, Nostalgie: Gründe für den Kauf der beiden wiederbelebten Produkte

VI. Ungarische Konsumgeschichte im internationalen Vergleich (DDR, Sowjetunion)

VII. Zusammenfassung

Die Politisierung von Lyrik in der DDR: Verlage, Institutionen und Diskurse

von Eyk Henze

I.

Das Bild von der Schere im Kopf ist bekannt, aber für die Vorstellung von Selbstzensur ziemlich abstrakt. Rückschlüsse auf ihre Konkretisierung können wir jedoch ziehen, wo – tatsächlich oder im übertragenen Sinne – die Schere in den Händen Spuren hinterlassen hat. Beispielsweise dort, wo Zensur und Selbstzensur aufeinandertreffen: in Verlagen. Unter Anleitung des Ministeriums für Kultur, das für die Druckgenehmigung von Büchern verantwortlich zeichnete, waren sie zum einen Autoren gegenüber Zensoren, zum anderen aber im Bemühen um gute Literatur selbst der Zensur unterworfen.

Mit dem Blick auf bzw. in die Verlage und auf die Druckgenehmigung ihrer Bücher lassen sich Editions- und Zensurgeschichte(n) im wahrsten Sinne des Wortes zusammenschreiben. Beide sind letztlich nur analytisch und nicht trennscharf voneinander zu scheiden, sollen aber zwei unterschiedliche Aspekte betonen: die Zensur einzelner Autoren und Texte sowie von Verlagen, Lektoren und Herausgeber. Der Begriff Editions-geschichte ist auch insofern ganz bewusst gewählt, als dass es hier um das Editieren von Lyrik in der DDR geht und um Verlagsgeschichten in Gänze nicht gehen kann. Die Beschränkung dabei auf (Lyrik-)Reihen hat die Vorteile, historisch gegebene Korpora zu wahren, anstatt eine letztlich subjektive Auswahl einzelner Bände aus der Masse von Lyriktiteln vorzunehmen. Reihen liegen außerdem Konzepte zugrunde, und Verantwortlichkeiten lassen sich anhand der Herausgeber personalisieren. Ein einzelner Titel, auch innerhalb von Reihen, lässt sich im historischen Kontext meist nur punktuell verorten, sofern es sich nicht um eine Neu- bzw. Nachauflage handelt oder es frühere Veröffentlichungsversuche gab. Herausgeber und deren Reihenkonzeptionen hingegen stellen für gewisse Zeitspannen Konstanten dar, auf die der Einfluss kulturpolitischer Vorgaben im Zeitverlauf untersucht werden kann. Wie diese sich in der konkreten Verlagsarbeit niederschlugen, soll anhand von Veränderungen in der Begutachtung und Auswahl von Gedichten und Autoren sowie anhand von Sanktionen gezeigt werden. Aufgrund der Konzentration auf Reihen ergibt sich eine Beschränkung für die Zeit ab 1962/63 bis 1989/90. Mit der Gründung der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur zum 1. Januar 1963 konsolidierte sich die Zensurbehörde institutionell bis zu ihrer Auflösung 1990. Am 11. Dezember 1962 fand zudem der berühmt gewordene von Stephan Hermlin organisierte Lyrikabend in der Akademie der Künste statt. Mit Lyrikern wie Sarah und Rainer Kirsch, Uwe Greßmann, Bernd Jentzsch, Volker Braun, Karl Mickel und dem seine Verse zur Gitarre vortragenden Wolf Biermann trat an diesem Abend eine neue Dichtergeneration an, jedenfalls für ein breiteres Publikum erstmals in Erscheinung. Die (wissenschaftliche) Rezeption des Abends war enorm. Wolfgang Emmerich sah hierin – nicht unumstritten – die eigentliche Geburtsstunde der DDR-Lyrik.

Allerdings waren es Dichterlesungen in verschiedenen Städten im Januar 1963 aus Anlass des VI. Parteitages der SED, die den offiziellen *Auftakt* gaben für die sog. Lyrik-Welle sowie für die *Auswahl*-Anthologien, die seit 1964 alle zwei Jahre im Verlag Neues Leben erschienen, um neue Lyrik, neue Namen vorzustellen.

1967 wurde eine Anthologie-Reihe unter dem Titel *Offene Fenster* ebenfalls bei Neues Leben etabliert, die Gedichte von Schülern und jungen Leuten aufnahm. Mit ihr lassen sich nicht nur erste Schreibversuche von später bekannt gewordenen Lyrikern nachverfolgen, zumal ein umfangreiches Archiv der Texte und Korrespondenzen überliefert ist, sondern auch abgebrochene oder verhinderte Entwicklungen. Hier liest man Namen wie Ingo Schulze oder Uwe Kolbe, und die von Siegmund Faust und Christian Heckel bspw. findet man im Archiv unterdrückter Literatur wider. Bernd Jentzsch rief im selben Jahr und auch im Verlag Neues Leben das *Poesiealbum* ins Leben und machte es zu einem der populärsten Mittler von Lyrik, das sich – mit kurzen Unterbrechungen – bis heute erhalten hat. Der Verlag Volk und Welt gründete – ebenfalls 1967 – mit der *Weißer Reihe* ein Podium der internationalen Lyrik des 20. Jahrhunderts, die sich um die Nachdichtung ausländischer Poesie sehr verdient gemacht hat. Schließlich legte der Aufbau-Verlag 1971 die *Edition Neue Texte* als Fo-

rum experimenteller Literatur auf, die keine reine Lyrikreihe war, die aber durchaus programmatisch mit Uwe Bergers *Die Chance der Lyrik* begann. Es finden sich hier Lyrikanthologien wie -bände von Günter Kunert, Kurt Drawert, Uwe Kolbe oder Eva Strittmatter, deren überhaupt erster Band zwischen 1973 und 1987 erstaunliche sieben Auflagen erfuhr. Die genannten Reihen haben bis Ende der 1980er bestanden und eignen sich deshalb besonders gut, den Einfluss jeweils geltender Kultur-Politik auf die Edition von Texten und Autoren sowie auf die Editoren nachzuzeichnen, um somit Zensur- und Editions-geschichte beispielhaft zu schreiben. Welche Einflüsse waren das, wie veränderten sie sich und die konkrete Arbeit der Herausgeber und Lektoren in sowie die der Gutachter außerhalb von Verlagen, und anhand welcher Beispiele lassen sie sich zeigen? Welchen Entwicklungen waren die genannten Reihen insgesamt unterworfen, welchen Zäsuren und Eingriffen seitens der HV Verlage und Buchhandel, der Partei- und Staatsführung oder des Ministeriums für Staatssicherheit?

II.

Zur Beantwortung dieser Fragen soll insbesondere anhand der Begutachtung von Manuskripten gezeigt werden, welche Argumentationen für und wider Autoren, Texte, Stile, Formen und Inhalte angeführt wurden und welche Veränderungen es dabei gegeben hat, aber auch welche (bis zu ihrem ersten Auftreten) nicht. Für diesen zensurgeschichtlichen Teil werden vor allem die Druckgenehmigungsakten der HV im Bundesarchiv herangezogen. In ihnen spiegelten sich die geltenden kultur-politischen Vorgaben konkret wider, jedenfalls in der Auslegung und praktischen Anwendung derer, die mit ihnen umzugehen hatten: Gutachter, Lektoren und Herausgeber.

Letztere leiten in den editions-geschichtlichen Teil der Arbeit über. Die Verlagsarchive sind insofern von Bedeutung, als dass in ihnen Spuren genereller Ablehnungen von Autoren bzw. Texten gefunden werden könnten, deren mögliche Herausgabe geprüft, aber nach ablehnendem Gutachten nie vorangetrieben wurde. Editions-geschichte ex negativo, d.h. anhand dessen zu schreiben, was nicht erschienen ist, wäre so möglich. Allerdings waren darauf bisher keine Hinweise zu finden – zu Prosawerken hingegen einige. Das lässt sich für Textauswahlen der Herausgeber damit erklären, dass einzelne zensierte Gedichte nicht zwingend den Gedichtband zu einem Dichter verhinderten. So lässt sich die Editions-geschichte bzw. Selbstzensur der Herausgeber bis hin zu einem Manuskript, dessen Druckgenehmigung für möglich gehalten und entsprechend bei der HV Verlage und Buchhandel eingereicht wurde nur über Archivmaterial der Verlage rekonstruieren. Teilweise können Lücken über Recherchen in Personenvor- oder -nachlässen und privaten Archiven geschlossen werden oder mithilfe von Unterlagen, die durch das Ministerium für Staatssicherheit zur Überwachung von einzelnen Personen und Verlagen insgesamt angelegt wurden. Letztere bilden einen großen Teil im Bestand des Archivs unterdrückter Literatur, für dessen Beispiele eben weniger das Ministerium für Kultur als das für Staatssicherheit als Zensor agiert hat. Diese Fälle belegen am deutlichsten die zentrale Hypothese von der politischen Überformung des Ästhetischen zum einen und der Praxis verlegerischen Handelns zum anderen.

III.

Diese Annahme lässt sich idealtypisch verfeinern, allerdings zu Kosten der Trennschärfe. So bestärken die Verknüpfungen letztlich die Hypothese.

Zunächst also ist von einer Politisierung (der Herausgabe) von Lyrik auszugehen. Politisierung meint zunächst nicht den konkreten Eingriff von Zensur, sondern das, was ihn bedingt, und sie ist dabei selbst nicht voraussetzungslos. Sie meint das Wirksamwerden von kultur-politischen Vorgaben, wenn man so will das Wetzen, aber auch Abstumpfen der Schere im Kopf, noch bevor sie zur Hand genommen wird. Analog dazu ist aber auch eine gewisse Kultivierung von Lyrik zu konstatieren. Ihr galt eine editorische wie kultur-politische Aufmerksamkeit, deren Bindung von Personal und Ressourcen ökonomisch nicht zu rechtfertigen war. Bei Lesern und Käufern jedenfalls stieß sie nicht besonders auf Gegenliebe; Verleger und Buchhändler fürchteten ihren geringen Absatz. Umso erstaunlicher ist, dass 1963 im Rahmen der Poetenbewegung mit *Auftakt 63* die *Auswahl*-Reihe und 1967 die *Offenen Fenster*, die *Weißten Reihe* und das *Poesiealbum* begonnen wurden. Letzteres bot Auflagen-

höhen von bis zu 5.000 Exemplaren, teilweise darüber, Abonnements gab es in 22 Ländern, es erschien monatlich ein Heft zu 90 Pfennigen, das am Kiosk und über den Postzeitungsvertrieb erhältlich war. Eine gesteigerte Aufmerksamkeit für Lyrik jenseits ökonomischer Erwägungen ist damit festzustellen; jedenfalls hinsichtlich der materiellen Förderung. Inhaltlich war das kultur-politische Primat problematischer, weil es darüber entschied, wer an der Förderung partizipieren durfte. Als Bernd Jentzsch 1967 das *Poesiealbum* begann, stellte er gattungs-poetologischen, motivischen und anderen Gesichtspunkten für die Auswahl der Autoren und Texte aktuell-politische voran. Edwin Kratschmer, einer der Herausgeber der *Offenen Fenster*, wollte 1969 mit einer Debütreihe für Lyrik Autoren fördern, die ihren Standpunkt aus einer parteilichen Weltsicht zu profilieren vermochten. Das Primat stand zwar außer Frage, aber der Umgang damit war deshalb nicht klar. Herausgeber, Lektoren, Gutachter waren an Phrasendrescherei gewohnt und ihrerseits geübt darin. Der Kultur-Politik gekonnt nach dem Munde zu reden, war eine Strategie, Deutungs- und Handlungsspielräume für das „Dennoch-Machbare“ (Kratschmer) zu schaffen. Aktuell-politische Reaktion meinte auch ein Gespür für den richtigen Zeitpunkt und bedeutete für manchen Autor, Titel oder Text zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben zu sein.

So wurden Reihen und Anthologien als trojanische Pferde gebraucht, um im Bemühen der Herausgeber um literarische Qualität und Vielfalt weitere Veröffentlichungen zu präjudizieren. Den Verlagen insgesamt war tendenziell auch daran gelegen. Die Personalisierung von Verantwortlichkeit für die Herausgabe kann dabei nicht nur als Instrument der Arbeitsteilung, sondern auch als Absicherung der Verlage gegen Interventionen bspw. der Zensur verstanden werden: Es war nicht nur klar, welcher Kopf (zuerst) rollen würde, es war vor allem seinem Träger klar. Spielräume ließen sich also erweitern bzw. ausschöpfen und Sanktionen an einzelnen Personen vollziehen, was sich am *Poesiealbum* gut zeigen lässt: Die ersten vier Hefte spiegelten nicht unbedingt die Vorstellung von Jentzsch wider, aber gaben doch eine gewisse Programmatik vor. Heft zwei, Majakowski, stand für die sozialistische ausländische Lyrik; Heinrich Heine für das progressive Erbe und Wulf Kirsten dafür, dass durchaus junge DDR-Autoren ihren Platz erhalten sollten. Aber gerade sie bereiteten neben der internationalen Moderne, neben westdeutschen Autoren immer wieder Schwierigkeiten. Schwierige Fälle waren überhaupt erst nach einer breiten Fundierung der Reihe möglich geworden und mussten immer wieder ausgeglichen werden durch affirmative Lyrik à la Helmut Preißler, Louis Fürnberg, Hans Marchwitza, die Majakowskis anderer Länder oder die Gedichte des jungen Karl Marx, im besten Falle noch durch unverfängliche Klassiker. Jentzsch, der auf „der Grundlage seiner eigenen negativen Einstellung zur Kulturpolitik der Partei [...] besonders die Herausgabe solcher Autoren [förderte], die mehrfach im Mittelpunkt kritischer Auseinandersetzungen standen“ (Walther 1996, Sicherungsbereich Literatur, S. 764), neutralisierte seine Person bspw. damit, dass er für einzelne Hefte weitere Herausgeber hinzuholte. Aber auch dafür gab es Grenzen. Der Ausschluss Reiner Kunzes aus dem Schriftstellerverband und die Ausbürgerung Wolf Biermanns bedeuteten für das *Poesiealbum* eine tiefe Zäsur. Jentzsch protestierte „leidenschaftlich und unwiderruflich“ gegen diesen Aderlass. Haftbefehl und Ausschreibung zur Fahndung ließen ihn von einem Arbeitsaufenthalt in der Schweiz nicht zurückkehren. Sein Name wurde aus noch nicht erschienenen Heften getilgt, T.S. Eliot, Marie-Luise Kaschnitz oder B.K. Tragelehn, die von Jentzsch zur Veröffentlichung in der Reihe vorgesehen waren, erschienen nicht mehr. Neuer Herausgeber wurde Richard Pietraß, der zugleich als Redakteur der neuen Zeitschrift *Temperamente* tätig war. Immer wieder gerieten ihre inhaltliche Gestaltung, ihre politische Aussage und die Auswahl der Autoren ins Schussfeuer. In dieser „politisch-ideologisch negativen Situation“ wurde auf Weisung Egon Krenz', die Arbeit der Redaktion durch den Verlagsleiter eingestellt. Inoffiziell wurde Pietraß für die Berichterstattung darüber gegenüber Journalisten aus der BRD verantwortlich gemacht, was zu seiner Kündigung führte.

Die Überformung des Ästhetischen durch Zensur fand an Beispielen aus dem Archiv unterdrückter Literatur besonderen Ausdruck. Außerhalb der Reihe(n) griffen das Ministerium für Staatssicherheit und die DDR-Justiz immer wieder ein. Haben Texte, ob nun im jugendlichen Leichtsinn oder bei vollem Bewusstsein über mögliche Konsequenzen geschrieben, einmal deren Aufmerksamkeit erregt, war der Autor leicht kalt bzw. ins Abseits zu stellen. Staatsfeindliche Hetze und Verunglimpfung der Arbeiter- und Bauernmacht, offensichtlich dehnbare

Vorwürfe, wurden immer wieder geltend gemacht und führten zu Gefängnis. Manche persönliche und schriftstellerische Entwicklung wurde so vorzeitig ab- oder jedenfalls unterbrochen. Andere Sanktionen waren subtiler. Einen eindeutigen Hinweis bspw. darauf, dass die Staatssicherheit das Studium am Institut für Literatur verhinderte, lässt sich am Beispiel des bereits erwähnten Christian Heckel finden. So entstand auch ein Kanon von Lyrik, der sich nicht aus Verlagsarchiven, sondern aus den Akten der Staatssicherheit erlesen lässt. Und als der Aufbau-Verlag 1988 einiges davon *außer der Reihe* zu veröffentlichen begann, da war die Zensur schon fast am Ende.

Kurzbiographie

Eyk Henze, geb. 1981 in Bernburg, studierte Kommunikations- u. Medienwissenschaft mit Schwerpunkt Buchwissenschaft sowie Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig und in Dublin; Abschlussarbeit über irische Zensurgeschichten. Er war in Leipzig als wissenschaftliche Hilfskraft am Umweltforschungszentrum tätig und ist Lehrbeauftragter an der dortigen Universität. Diverse Praktika in Verlagen sowie Veröffentlichungen in Anthologien und Zeitschriften.

Arbeitsgliederung

1. Einleitung
Problemstellung, Forschungsstand, Aufbau, Methodik, Untersuchungsgegenstand, Abgrenzung der Thematik
 2. Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur (1963 – 1990)
 - 2.1 Zu ihrer Vorgeschichte und ihren Vorläufereinrichtungen
 - 2.2 Bildung, Aufgaben, Struktur
 - 2.3 Nachgeordnete Institutionen
 - 2.3.1 Verlage
 - 2.3.2 Das Büro für Urheberrechte
 - 2.4 Reformversuche, Abschaffung des Druckgenehmigungsverfahrens und Auflösung der HV Verlage und Buchhandel (1987 – 1990)
 3. Auftakte in der Lyriklandschaft der DDR. Die 60er Jahre, ein langes Jahrzehnt
 - 3.1 Die Lyrikreihe *Antwortet uns!* und ihr Ende 1962
 - 3.2 Der Lyrikabend in der Akademie der Künste am 11. Dezember 1962: eine neue Lyrikergeneration debütiert und wird diskutiert: Die Lyrikdebatte im *Sonntag*
 - 3.3 Neue Lyrik, neue Namen: die Anthologie *Auftakt 63. Gedichte mit Publikum* und die *Auswahl*-Bände (1964 bis 1988)
 - 3.4 Die institutionelle Konsolidierung der Zensur 1963 und die Profilierung des Verlagswesens 1964
 - 3.5 Der Kahlschlag: das 11. Plenum 1965
 - 3.6 Die *Forum*-Lyrikdebatte 1966
 - 3.7 1967 – drei Lyrikreihen gehen an den Start:
Offene Fenster. Gedichte junger (1967 bis 1985)
Poesiealbum
Weißer Reihe. Lyrik international
Das Debüt erhält keine Chance (1969)
 - 3.8 1971 – „Chance der Lyrik“ und die *Edition Neue Texte* (1971 bis 1988)
 - 3.9 Die Lyrikdebatten in *Sinn und Form* und den *Weimarer Beiträgen* 1971/72
 - 3.10 Systematisierung: Anthologien und Reihen als Mittler von Lyrik
 4. Die Gutachten der Verlage und der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel
 - 4.1 Analyse der Gutachten zu o.g. Reihen und ausgewählten Einzelbänden
 - 4.2 Systematisierung und Beschreibung von Argumentationslinien für und wider die Veröffentlichung
 5. Fallbeispiele im Kontext. Editions geschichten
 - 5.1 Der Verlag Neues Leben und seine Lyrikreihen
 - 5.1.1 Die *Offenen Fenster* als Spiegel erster Schreibversuche
 - 5.1.2 Die *Auswahl*-Bände als Lautsprecher ernst zu nehmender Stimmen
 - 5.1.3 Das *Poesiealbum*. In einer Reihe mit den ganz Großen
1967 bis 1976: Bernd Jentzsch als Herausgeber, beargwöhnt und schließlich vertrieben nach seiner Kritik an der Biermann-Ausbürgerung
1976 bis 1979: Richard Pietraß als Herausgeber bis zur Ablösung der Redaktion der *Temperamente*
1979 bis 1990
 - 5.2. Der Verlag Volk und Welt und die *Weißer Reihe*
Die Praxis des Nachdichtens
- Exkurs: „Jahrhundertdichter“ in der DDR?!
- 5.3 Der Aufbau-Verlag und die *Edition Neue Texte*

- 5.4 Der Giftschränk des Mitteldeutschen Verlags
- 6. Lyrik außer der Reihe
- 6.1 Unterdrückte Lyrik
 - Sigmar Faust
 - Christian Heckel
- 6.2 Lyrik im Samisdat
- 6.3 Das Ende der Zensur und Lyrik *außer der Reihe* im Aufbau-Verlag
- 7. Schluss
 - Zusammenfassung, offene Fragen, Ausblick, Vergleich

EU-Vorstellungen in Polen und Tschechien: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen politischen Eliten und Gesellschaften

von Susanne Brauch

Seit dem 1. Mai 2004 sind die Polnische und die Tschechische Republik Mitglieder der Europäischen Union. Anlässlich des Festaktes zur Aufnahme von acht Staaten aus dem ehemaligen Ostblock hieß es dazu immer wieder, erst mit diesem Schritt sei die Nachkriegsordnung von Jalta endgültig überwunden. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme war in beiden Ländern die „Rückkehr nach Europa“ ein geflügeltes Wort unter Politikern und innerhalb der Gesellschaften. Der Slogan kann im Wesentlichen als Metapher für die Rückkehr zur eigenen Geschichte und zur eigenen Identität interpretiert werden von der die mitteleuropäischen Länder zwangsweise getrennt wurden. Hinter dem Ausspruch verbargen sich die unterschiedlichsten Hoffnungen, Wünsche und Vorstellungen, die durch die Mitgliedschaft in der EU bzw. ihrer Vorgänger-Institutionen erfüllt werden sollten. Gerade der jubelnde Tenor der Beitritts-Feierlichkeiten stand im deutlichen Kontrast zu dem sich bis dahin vollziehenden Stimmungswandel innerhalb der Gesellschaften und der politischen Eliten. Längst war die anfängliche Euphorie einer tief gehenden Ernüchterung gewichen. Mit solchen und weiteren Themenkomplexen befasst sich die Untersuchung.

Das Ziel der Arbeit ist es, in einem ersten Schritt die EU-Vorstellungen innerhalb der politischen Eliten und der Gesellschaften in beiden Ländern für die Zeit von 1989 bis 2009 darzustellen. Im zweiten Schritt wird die Frage beantwortet, wie diese unterschiedlichen EU-Vorstellungen aus Sicht der Gesellschaften auf die Legitimität sowohl der nationalen politischen Eliten als auch der EU selbst wirken. Dabei geht es um die Bereitschaft der Gesellschaften konkrete Politiken anzuerkennen und diese zu unterstützen. Wie haben die Tschechen beispielsweise den Umgang ihres Präsidenten mit dem Lissabon-Vertrag bewertet? Oder wie werden in der polnischen Gesellschaft europäische Initiativen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beurteilt? Mit diesem Aspekt öffnet sich ein Feld, das bisher wenig beachtet wurde. Die Frage danach, wie „offen“ die Regierenden für Vorstellungen, Forderungen und Wünsche aus der Gesellschaft sind, die sich auf die EU beziehen.

Vorstellungen von der EU sind mehr als nur Einstellungsabfragen zur Europäischen Union, es geht dabei um komplexe Ideen über die politische Ausgestaltung Europas. Neben den Einstellungen geht es auch ganz wesentlich um die ihnen zu Grunde liegenden nationalen Selbstbilder, politischen Traditionen und Geschichtsinterpretationen. In Reden polnischer und tschechischer Politiker zur EU lassen sich immer wieder Rückbezüge zur nationalen Identität finden. Genauso führen Wissenschaftler und Journalisten bei Erklärungsversuchen für ein bestimmtes Handeln gegenüber der EU historische Erfahrungen und daraus resultierende politische Reflexe ins Feld. Daher spielen für mich Elemente der politischen Kultur und Symbole eine wesentliche Rolle. Hinter den unterschiedlichen EU-Vorstellungen verbergen sich häufig politische Leitbilder und Ordnungsvorstellungen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

Die Arbeit geht dabei den folgenden Leitfragen nach:

- Wie sehen die EU-Vorstellungen innerhalb der politischen Eliten und der Gesellschaften aus?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede weisen sie in Polen und Tschechien auf?
- Wie haben sie sich in den beiden Ländern im Zeitraum 1989 bis 2009 verändert? In diesem Zusammenhang zielt die Frage nicht nur auf die Erfassung unterschiedlicher Wahrnehmungen ab, sondern auch auf den Aspekt der wachsenden oder abnehmenden Differenzen und Legitimität.
- Auf welche nationalen Topoi, politische Traditionen, Interpretationen und Symbole beziehen sich die Elitenakteure in Polen und Tschechien, um in der Bevölkerung Zustimmung und Anerkennung für ihre EU-Vorstellungen zu generieren?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden die folgenden Thesen abgeleitet:

These 1

Für beide Länder lässt sich die These formulieren, dass die EU-Vorstellungen der politischen Eliten nicht mit den Vorstellungen der Bevölkerungen übereinstimmen. Bei der Parlamentswahl 2007 in Polen zeigte sich, dass die in der Gesellschaft vorherrschenden pro-europäischen Einstellungsmuster sehr stark von den durch die Regierungsparteien kreierten kritischen Vorstellungen abwichen. Der Wunsch der tschechischen Bevölkerung nach einer schnellen Integration in die EU einerseits und das EU-skeptische Auftreten des langjährigen Ministerpräsidenten und heutigen Präsidenten Václav Klaus andererseits bilden ebenfalls einen Widerspruch.

These 2

Innerhalb der Ebene der politischen Eliten gibt es in beiden Ländern stark voneinander abweichende EU-Vorstellungen, die sich vor allem darin deutlich unterscheiden, was die Grundlagen der EU sind und wie sie in Zukunft gestaltet sein soll. Je größer die Differenzen sind, desto eher blockieren sich die Eliten in der konkreten EU-Politik gegenseitig.

These 3

Aus der politischen Kulturforschung wird die These übertragen, dass die oben beschriebenen Differenzen in den EU-Vorstellungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten negative Folgen. Was sich in Politikverdrossenheit, Apathie und Entfremdung gegenüber nationalen Politikern und europäischen Institutionen auswirken könnte. Die mangelnde Übereinstimmung der EU-Vorstellungen ist nicht nur aus demokratietheoretischer Sicht problematisch, sondern wirft auch eine neue Perspektive auf die demokratische Konsolidierung der beiden Länder.

These 4

Betrachtet man das Handeln der euroskeptischen Eliten in Polen und Tschechien lässt sich die These formulieren, dass diese nicht versuchen Übereinstimmung durch verändertes politisches Handeln oder politische Kommunikation herzustellen, sondern tiefgehende Differenzen billigend in Kauf nehmen und diese sogar noch verstärken.

Untersuchungsebenen

Bei der Untersuchung wird zwischen den Ebenen der gewählten politischen Eliten und der Gesellschaften unterschieden.

Politische Kultur ist eine Eigenschaft von Kollektiven, „Kultur hat man stets nur mit anderen gemeinsam“ (Rohe 1987: 40). Sie bildet sich neben Sozialisationsprozessen vor allem durch Erfahrungen mit den Leistungen des politischen Systems und seiner Eliten. Politischen Eliten wird eine besondere Bedeutung eingeräumt, da sie politische Kultur durch Handlungen, Reden und Symbole „wach“ halten. EU-Vorstellungen sind einerseits selbst Ausdruck politischer Kultur, andererseits beziehen sie sich auf tiefer liegende Elemente derselben. Sowohl EU-skeptische als auch pro-europäische Parteien rechtfertigen und begründen ihre unterschiedlichen Positionen jeweils mit einem Rückbezug auf nationale historische Topoi, Mythen, Symbole und Interpretationen. Dies macht noch einmal deutlich, warum es bei EU-Vorstellungen um wesentlich mehr als nur Einstellungen geht. Es geht eben auch um Begründungszusammenhänge und Rückbezüge zur „Volksseele“.

Als Vertreter der politischen Elite gelten insbesondere die Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten sowie die Außen- und Innenminister. Parteien und ihre führenden Köpfe stellen mit ihrer Programmatik Weichen für die EU-Politik, daher sind sie ebenfalls entscheidende Akteure. Dabei stehen herausragende Partei-Funktionäre im Mittelpunkt, da sie die Programmatik und das EU-Profil einer Partei deutlich zuspitzen. In die Untersuchung werden die Parteien einbezogen, die über zwei Legislaturperioden im nationalen Parlament vertreten waren. Was wird auf Ebene der politischen Eliten genau untersucht? Es geht um eine Analyse der jeweiligen EU-Vorstellungen innerhalb der Eliten und um die Frage in welchen Interpretationszusammenhang die EU mit nationalen Topoi gesetzt wird.

Ganz grundlegend gelten die Bevölkerungen als die eigentlichen Träger der europäischen Integration. Von ihrer Bindung an die Gemeinschaft und deren Zielen hängt es letztlich ab, ob die EU als riesiger Wirtschaftsraum oder darüber hinaus als politische und kulturelle Union ausgestaltet wird. Gerade für das Ziel einer sich vertiefenden politischen EU ist es entscheidend, dass diese Schritte gesellschaftlich akzeptiert werden. Daher ist es auch so wich-

tig, nach den Übereinstimmungen oder Differenzen in den EU-Vorstellungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu fragen. Dabei wird davon ausgegangen, dass innerhalb der Bevölkerungen unterschiedliche EU-Vorstellungen vorherrschen und sich diese in Einstellungsmustern ausdrücken. Neben der Auswertung von Umfragedaten verspreche ich mir hierbei von einer Auseinandersetzung mit europapolitischen Nichtregierungsorganisationen interessante Impulse. Als intermediäre Instanzen spiegeln sie nicht nur gesellschaftliche Einstellungen wider, sondern vermitteln darüber hinaus in das politische System hinein. Mit dieser Untersuchungsebene werden diejenigen Forschungsfragen beantwortet, die nach Gründen für die Diskrepanz in den Vorstellungen zwischen Eliten und Gesellschaften fragen. Warum ist die Fragestellung überhaupt relevant?

Die Integration in die Europäische Union ist eines der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mega-Themen überhaupt. Bereits vor dem Beitrittsprozess hat die damalige EG auf den Transformationsprozess durch verbindliche Vorgaben sehr stark eingewirkt. So wurden wesentliche Grundfragen nach dem Wirtschafts- und Sozialsystem nicht offen gestellt und debattiert. Stattdessen wurden und werden Ersatz-Debatten im Kontext Europäische Union geführt, bei denen es häufig um Geschichtsinterpretationen, nationale Souveränität, kollektive Identitäten und die „deutsche Frage“ geht. Ausgehend von der Idee der repräsentativen Demokratie sollten sich die zentralen gesellschaftlichen Einstellungen auch innerhalb des politischen Prozesses finden lassen. Die Mandatsausübung wird schließlich per Definition durch den Anspruch begründet, dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen. Nur kann davon keine Rede sein, wenn politische Eliten diese Einstellungsmuster dauerhaft ignorieren.

Der theoretische Rahmen

Der theoretische Rahmen setzt sich aus unterschiedlichen Ansätzen der politischen Kulturforschung zusammen und wird durch Grundannahmen des Konstruktivismus ergänzt. Danach prägen immaterielle Faktoren wie Kultur, Identität, Motive oder Interessen letztlich die Handlungen von politischen Akteuren mit. Politische Kultur ist letztlich vergleichbar mit dem Kitt, der politische Gesellschaften zusammenhält. In dem theoretischen Kapitel werden die unterschiedlichen Konzepte der politischen Kulturforschung dargestellt und ihre spezifischen Vor- und Nachteile erläutert und zu einer Synthese zusammengeführt. Dies hat auch Konsequenzen für die praktische Durchführung. So verschiebt sich der Fokus auf die explizite und sichtbare Seite der politischen Kultur, die sich unter anderem in konkreten Handlungen ausdrückt. Aus dieser Annahme ergeben sich Konsequenzen für den verwendeten Handlungsbegriff. Soziales Handeln basiert auf der Grundlage wechselseitiger Interpretation und Bedeutungszuweisung. Erst in diesem Zusammenhang gewinnt politische Kultur entscheidend an Bedeutung. Im Anschluss an die Grundlagen lege ich dar, in welchem Verhältnis EU-Vorstellungen und politische Kultur zueinander stehen und welche Funktionen EU-Vorstellungen einnehmen. Weiterhin werden in diesem Kapitel die Begriffe Legitimität und Responsivität aus der theoretischen Perspektive dargestellt.

Operationalisierung

Die EU-Vorstellungen der politischen Eliten werden über Inhaltsanalysen von Reden, Parlamentsdebatten, Presseerklärungen von Regierungsparteien und den wichtigsten Oppositionsparteien, Parteiprogrammen, Interviews, von Politikern verfasste Artikel sowie außenpolitischen Grundsatzdokumenten herausgearbeitet. So lassen sich auch die zentralen nationalen Topoi und deren unterschiedliche Interpretationen fassen.

Auf der Ebene der Bevölkerung werden vor allem Daten aus repräsentativen Umfragen verwendet. EU-Vorstellungen unterscheiden sich stark nach sozio-ökonomischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Einkommen, regionale Herkunft, politische Präferenz etc., was in der Untersuchung berücksichtigt wird. Zur Systematisierung werden Typen von EU-Vorstellungen gebildet, die sich an Kriterien wie affektive Zuwendung, Zufriedenheit mit den Leistungen des Systems und normative Übereinstimmung unterscheiden. Zu dieser Untersuchungsebene werden zusätzlich Experten und Repräsentanten der NGO befragt. So erhalte ich Erklärungen und Interpretationen zu den Umfragedaten.

Für den zweiten Teil der Forschungsfrage gilt es den Begriff der Legitimität methodisch greifbar zu machen. In der Literatur wird Legitimität häufig als Unterstützung, Anerkennung bzw. Zufriedenheit sowie als Vertrauen über entsprechende Umfragen erhoben. Legitimität gegenüber den nationalen politischen Eliten wird gemessen, in dem ich nach der Anerkennung und Zustimmung von konkreten Politiken gegenüber der EU frage. Auf die gleiche Weise wird die Legitimität der Europäischen Union in elementaren Bereichen erhoben.

Kurzbiographie

Susanne Brauch, geboren 1981, studierte von 2001 bis 2007 Diplom-Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau. Seit einem Auslandssemester an der Karls-Universität in Prag begeistert sie sich für die Region Mitteleuropa. In ihrer Diplomarbeit befasste sie sich mit der außenpolitischen Kultur Tschechiens gegenüber der EU. Ihre Dissertation wird von Professor Timm Beichelt an der Europa-Universität Viadrina betreut.

Aktualisierte vorläufige Gliederung

1. Einleitung

2. Der theoretische Rahmen

- 2.1. Was sind EU-Vorstellungen und welche Funktionen nehmen sie ein?
- 2.2. Immaterielle Faktoren und deren Wirkung aus Sicht der konstruktivistischen Perspektive in den Internationalen Beziehungen
- 2.3. Ansätze der Politischen Kulturforschung
 - 2.3.1. Einstellungsorientierte Ansatz
 - 2.3.2. Historisch-hermeneutische Ansätze
 - 2.3.3. Wissenssoziologischer Ansatz
 - 2.3.4. Kritik und Synthese der Ansätze
- 2.4. Konzepte von politischer Legitimität
- 2.5. Der Zusammenhang von politischer Kommunikation und politischer Legitimität

3. Methodik und Operationalisierung

- 3.1. Kategoriengeleitete Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Methode
- 3.2. Leitfadengestützte Experteninterviews als sozialwissenschaftliche Methode
- 3.3. Methoden der quantitativen Sozialforschung
- 3.4. Operationalisierung der EU-Vorstellung auf Ebene der politischen Eliten
- 3.5. Operationalisierung der EU-Vorstellungen auf Ebene der Bevölkerungen

4. EU-Vorstellungen der politischen Eliten in Polen und Tschechien

- 4.1. Politische Geschichte Polens
- 4.2. Rechtliche und politische Rahmenbedingungen der polnischen EU-Politik
- 4.3. Entwicklung der politischen Eliten in Polen nach 1989
- 4.4. Typen von EU-Vorstellungen innerhalb der polnischen Eliten
 - 4.4.1. Im Zeitraum zwischen 1989 und 1991
 - 4.4.2. In der Phase der Konkretisierung der Beitrittsperspektive zwischen 1994 und 1998
 - 4.4.3. Seit der Mitgliedschaft 2004
- 4.5. Zentrale Motive des polnischen Selbstbildes in den EU-Vorstellungen
- 4.6. Kommunikationsstrategien der EU-Vorstellungen
- 4.7. Kapitelzusammenfassung

5. EU-Vorstellungen der politischen Eliten in Tschechien

- 5.1. Politische Geschichte Tschechiens
- 5.2. Rechtliche und politische Rahmenbedingungen der tschechischen EU-Politik
- 5.3. Entwicklungen der politischen Eliten in Tschechien seit 1989
- 5.4. Typen von EU-Vorstellungen innerhalb der tschechischen Eliten
 - 5.4.1. Im Zeitraum zwischen 1989 und 1991
 - 5.4.2. In der Phase der Konkretisierung der Beitrittsperspektive zwischen 1994 und 1998
 - 5.4.3. Seit der Mitgliedschaft 2004
- 5.5. Zentrale Motive des tschechischen Selbstbildes in den EU-Vorstellungen
- 5.6. Kommunikationsstrategien der EU-Vorstellungen
- 5.7. Kapitelzusammenfassung

6. Vergleich der Elitenbilder: Von unterschiedlichen ideellen Hintergründen zur gleichen Ablehnung?

7. Die EU-Vorstellungen der polnischen und tschechischen Gesellschaften

- 7.1. Affektive Orientierungen gegenüber der EU
- 7.2. Normative Erwartungen an die EU
- 7.3. Evaluative Orientierungen gegenüber der EU

- 7.4. Europapolitische Impulse aus der Zivilgesellschaft und der Intellektuellen
- 7.5. Typologie der EU-Vorstellungen
- 7.6. EU-Vorstellungen und Legitimitätsglaube gegenüber der EU
- 7.7. EU-Vorstellungen und Legitimitätsglaube gegenüber den nationalen politischen Eliten
- 7.8. Kapitelzusammenfassung

8. Fazit und Ausblick

Die DDR in den Vereinten Nationen 1973 - 1990

von Ulrich Eisele

Am 18. September 1973 wurden die DDR und die Bundesrepublik Deutschland durch die 28. UN-Vollversammlung in New York als Mitgliedsstaaten 133 und 134 in die Vereinten Nationen aufgenommen. In seiner Antrittsrede am East River bezeichnete der ostdeutsche Außenminister Otto Winzer den UN-Beitritt als einen „Höhepunkt in dem Prozess des gleichberechtigten Teilnehmens der DDR am internationalen Leben“. Er bezog sich mit diesen Worten auf das jahrelange Bemühen Ost-Berlins, den seit den 1950er Jahren in der Hallstein-Doktrin formulierten Alleinvertretungsanspruch Bonns zu durchbrechen und die Anerkennung auf internationaler Bühne zu erlangen. Mit der Aufnahme in die UN, die auf Basis der Vereinbarungen des Grundlagenvertrages von 1972 erfolgte, war das Ziel der internationalen Anerkennung im Wesentlichen erreicht. Die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten des ostdeutschen Staates hatten sich dadurch deutlich sichtbar erweitert. Dies zeigte sich auch in den Vereinten Nationen, in denen die DDR von nun an, neben der Bundesrepublik, als Vollmitglied vertreten war.

Im Zuge des Dissertationsprojektes wird die UN-Politik des ostdeutschen Staates nach seinem Beitritt 1973 untersucht. Im Mittelpunkt des Interesses steht, wie die DDR den erweiterten außenpolitischen Handlungsspielraum in den sechs Hauptorganen und den 16 Sonderorganisationen des Systems der Vereinten Nationen nutzte und inwiefern ideologische, politische und ökonomische Determinanten ihrem Engagement Grenzen setzten. Berücksichtigt wird dabei, dass die Außenpolitik Ost-Berlins sehr stark äußeren Einflüssen und Zwängen unterworfen war. Da die DDR unter den Bedingungen des Kalten Kriegs entstanden war und dieser die maßgebliche Voraussetzung ihrer Existenz darstellte, war sie stärker als andere Staaten gezwungen, sich der weltpolitischen Großwetterlage anzupassen. Diesen Realitäten hatte sich auch die UN-Politik Ost-Berlins zu stellen. Daher wird das UN-Engagement des ostdeutschen Staates im Rahmen eines modernen, international ausgerichteten politikgeschichtlichen Ansatzes vor dem Hintergrund seiner globalen und europäischen Bezugsräume untersucht. Besonders betrachtet werden dabei die staatliche Ebene, das deutsch-deutsche Verhältnis sowie die Einbettung der DDR in die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten.

Vor dem Hintergrund der außen- und innenpolitischen Bestimmungsfaktoren werden die Hauptakteure der UN-Politik und ihre Rolle im Entscheidungsprozess identifiziert. Der Fokus soll dabei auf dem Zusammenwirken der für die Außenpolitik maßgeblichen Stellen des Parteiapparates mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) liegen. Von Interesse ist dabei auch die Frage, ob das MfAA eher als ein den Parteistellen nachgeordnetes, ausführendes Organ fungierte oder ob sich angesichts der Vielzahl von komplexen Spezialthemen, wie etwa der Abrüstungsproblematik, auch eine gewisse Eigenständigkeit bei der Konzeptionierung und Durchführung der UN-Politik nachweisen lässt. Ein anderer Aspekt, der untersucht werden soll, ist, inwiefern das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) an der Planung und Durchführung UN-Politik beteiligt war.

Davon ausgehend werden die Ziele und Strategien der DDR in den Vereinten Nationen in den Blick genommen, um zu einer Bewertung zu gelangen, inwiefern die DDR ihre Interessen im UN-System verwirklichen konnte. Es wird gefragt, in welchen Schlüsselorganisationen der UN und in welchen Themenbereichen sich ein besonderes Engagement der DDR nachweisen lässt. Die Zielsetzungen und ihre Durchsetzungsfähigkeit werden in Abhängigkeit der jeweiligen Phasen von Konfrontation und Entspannung im Kalten Krieg betrachtet, um beurteilen zu können, wie die UN-Politik im außenpolitischen Gesamtgefüge der DDR zu verorten ist. Dabei wird auch betrachtet, wie sich das Spannungsverhältnis von außenpolitischem Erfolg und dem im Laufe der 1970er und 1980er Jahre zunehmenden innenpolitischen Problemdruck in der UN-Politik widerspiegelt. Des Weiteren soll anhand ausgewählter Themenfelder, wie etwa der Menschenrechtspolitik, analysiert werden, wie sich die UN-Mitgliedschaft auf die Politik der DDR auswirkte und ob sich dadurch ein Beitrag zur Destabilisierung des Systems nachweisen lässt, die 1989 zum Zusammenbruch der DDR führte.

Kurzbiographie

Ulrich Eisele, geb. 1980 in Würzburg, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Mittelalterliche Geschichte und Politikwissenschaft in Bamberg. Während des Studiums war er Tutor und studentische Hilfskraft. Von 2007 bis 2010 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Seine Dissertation wird von Prof. Dr. Hermann Wentker am Institut für Zeitgeschichte betreut.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung

- 1.1 Themengegenstand
- 1.2 Forschungsstand
- 1.3 Quellen
- 1.4 Literatur
- 1.5 Aufbau und Methodik

2. Rahmenbedingungen und Bestimmungsfaktoren der ostdeutschen UN-Politik

- 2.1 Die geostrategische Lage
- 2.2 Das Verhältnis zur Sowjetunion und Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag
- 2.3 Die Beziehungen zur Bundesrepublik
- 2.4 Innenpolitische Bestimmungsfaktoren
- 2.5 Ideologische Grundlagen der ostdeutschen UN-Politik
- 2.6 Aufbau und Funktion des UN-Systems (Mit Einschätzung der Problemlösungskompetenz durch die DDR)

3. Akteure und Entscheidungsprozesse der UN-Politik

- 3.1 Die Rolle des Generalsekretärs
- 3.2 Der Parteiapparat der SED
 - 3.2.1 Das Politbüro (Einfluss von Einzelpersonen wie Hermann Axen, Außenpolitische Kommission usw.)
 - 3.2.2 Das Zentralkomitee (Sekretariat des ZK, Abteilung Internationale Verbindungen usw.)
- 3.3 Die staatliche Ebene
 - 3.3.1 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)
 - 3.3.2 Ministerium für Staatssicherheit (MfS)
 - 3.3.3 Weitere staatliche Organe (Mdl, Ministerrat, Volkskammer usw.)

4. Die DDR in den Vereinten Nationen

- 4.1 Die UN-Politik der DDR als Nichtmitglied und die Aufnahme 1973 (Überblick)
- 4.2 Die UN-Politik der DDR vor dem Hintergrund weltpolitischer Entspannung 1973 – 1979/81
- 4.3 Die UN-Politik der DDR im Zeichen zunehmender Konfrontation 1979/81 – 1985
- 4.4 Die UN-Politik der DDR vom Amtsantritt Gorbatschows bis zur Wiedervereinigung 1985 – 1990

5. Schlussbetrachtung

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Getrennte Geschichte nach 1945 – gemeinsame Geschichte seit 1990? Die Auseinandersetzung um Eigentum und Herrschaft zwischen rückkehrenden Gutsbesitzern und ortsansässiger Bevölkerung im ländlichen Ostdeutschland

von Ines Langelüddecke

Schlösser, Jagdreviere und was noch? Wie der rückkehrende Adel das von der SED-Diktatur geprägte ländliche Ostdeutschland seit 1990 verändert und wie die Bevölkerung mit den neuen, alten Besitzern der Güter Fragen von Eigentum und Herrschaft verhandelt, das ist das Spannungsfeld der Promotion. Historische und schichtspezifische Prägungen auf beiden Seiten sowie die daraus resultierenden Bilder und Erwartungen stehen im Mittelpunkt der Untersuchung.

Verlässliche Zahlen und Statistiken über die Untersuchungsgruppe der rückkehrenden Gutsbesitzer und der dazugehörigen Dörfer fehlen bis jetzt. Da sich Brandenburg im regionalen Fokus der Untersuchung befinden soll, wird für dieses Bundesland ein Datenbestand erarbeitet. Schwerpunktmäßig sollen die Lebensgeschichten zurückgekehrter Gutsbesitzer und der Bevölkerung in den früheren Gutsdörfern recherchiert werden. Einzelne Fallbeispiele werden ausgewählt und detailliert beschrieben. Als Forschungsmaterial dienen lebensgeschichtliche Interviews sowie Dokumente zu Rückgabe und Entschädigung, Gemeindeakten der Dörfer und Pressesammlungen lokaler Zeitungen. Für die Fragen zu Enteignung und Entschädigung nach 1945 in der Bundesrepublik liegen wichtige Aktenbestände im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth. Zum Thema Enteignung und Bodenreform in der DDR sind die Bestände des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde von Bedeutung, ebenso wie die des Landesarchivs Brandenburg in Potsdam. Für die Zeit nach 1990 existiert eine breite publizistische Debatte zu diesem Thema, die vor allem im Feuilleton überregionaler Zeitungen geführt wurde.

Gutsbesitzer und Dorfbevölkerung teilten bis 1945 eine gemeinsame ländliche Erfahrungswelt, die sich jedoch nach ihrer jeweiligen Schichtzugehörigkeit unterschied. Der Landadel erlebte durch die preußischen Agrarreformen seit Anfang des 19. Jahrhunderts einen stetigen Abbau seiner traditionellen Herrschaftsrechte über die ländliche Bevölkerung. Zunehmend wurden die Güter Orte subtiler und indirekter Herrschaftsausübung. Im strukturschwachen ländlichen Raum Preußens blieben sie bis 1945 Zentren ökonomischer Aktivität sowie gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Sie konnten Orte des Widerstands gegen das Hitler-Regime, aber auch der völkisch-nationalen Gesinnung sein. Dies zeigten Eckart Conze in seiner Studie über die Grafen von Bernstorff (2000) und Stephan Malinowski in seiner Untersuchung über den deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat (2003). „Junkerland in Bauernhand“ – so hieß dann die Propagandaforderung, mit der die neu eingesetzte kommunistische Führung in der SBZ 1945 einen umfassenden Elitewechsel und Umstrukturierungsprozess auf dem Lande einleitete. Durch Enteignung und Bodenreform wurde ein jahrhundertlanges Macht- und Besitzgefüge abrupt beendet.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Beziehung zwischen Gutsbesitzern und Dorfbevölkerung, die durch Kultur und Geschichte miteinander verbunden waren, trotz der Teilung Deutschlands nicht einfach abbrach. Gutsbesitzer ohne Güter in der Bundesrepublik und Dorfbevölkerung ohne Gutsbesitzer in der DDR werden als Forschungsgegenstand einer deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte betrachtet und als ein Beispiel für „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichten“ (Christoph Kleßmann) verstanden. Es gab von der Enteignung im Herbst 1945 bis 1989/90 eine, wenn auch indirekte Beziehung zwischen beiden Seiten. Die Güter waren die Schnittstelle, an der sich die Beziehungsgeschichten trafen: Für die Gutsbesitzer waren sie der Ort, mit dessen Verlust sie und ihre Nachkommen umgehen mussten. Die Dorfbewohner in der SBZ/DDR wiederum waren von den neuen Machthabern aufgefordert, sich im Sinne der offiziellen Anti-„Junker“-Propagandapolitik die Güter als „Eigentum des Volkes“ anzueignen, wobei sie teils zögerlich, teils übereifrig mit dieser Vorgabe umgingen.

Diese Untersuchung der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte bis zur Wiedervereinigung setzt den Rahmen für eine Analyse der Gegenwart. Inwieweit leiten die Rückkehrer aus ihrem rückgewonnenen Eigentum einen Anspruch auf Herrschaft ab und wie umstritten ist das unter den Dorfbewohnern? Neben den Bildern und Perzeptionen des jeweils anderen bilden ganz konkrete Aushandlungsprozesse im dörflichen Zusammenleben, aber auch der weitere politische Rahmen das Untersuchungsfeld der Promotion. Dabei soll ein Bild entstehen, wie in diesem besonderen Fall Wiedervereinigung auf lokaler Ebene gestaltet und erlebt wird.

Kurzbiographie

Ines Langelüdecke, Jahrgang 1976, zwei Kinder, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Literatur in Göttingen, Oxford und Berlin. Ihrer Magisterarbeit über den Mythos Tamara Bunke in der DDR wurde 2004 der Humboldt-Preis der HU Berlin verliehen. Sie hat als Beraterin in der Politik und für Stiftungen gearbeitet. Ihre Dissertation wird von Prof. Dr. Dorothee Wierling an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg betreut.

Vorläufige Gliederung

I Einleitung

II Kurze historische Einordnung: Gutsbesitzer und Landbevölkerung bis 1945

III Getrennte Geschichte 1945 – 1990?

- Dorfbewölkerung ohne Gutsbesitzer: Besitzumverteilung nach der Bodenreform und Durchherrschung in der SED-Diktatur
- Gutsbesitzer ohne Güter: Tradierung von Verlust und Vertreibung, Integration in der Bundesrepublik und Rückkehrhoffnungen

IV Gemeinsame Geschichte seit 1990?

- „Bauernland in Junkerhand?\": Quantitative und qualitative Dimensionen der West-Ost-Wanderung
- Analyse ausgewählter Fallbeispiele anhand der Konkurrenz um Eigentum und Herrschaft zwischen rückkehrenden Gutsbesitzern und ortsansässiger Bevölkerung

V Schluss

- Ehemalige Gutsbesitzer und ortsansässige Bevölkerung – ein Sonderfall der deutsch-deutschen Begegnung oder ein Laboratorium der Wiedervereinigung?

Lehrendenvorstellungen über die DDR(-Geschichte) und ihre Bedeutung in historisch-politischen Bildungsprozessen – Ein Beitrag zur Didaktischen Rekonstruktion

von Tina Menke

Zwei Jahrzehnte nach der offiziellen Beendigung der deutsch-deutschen Teilung ist die rückblickende Wahrnehmung des so genannten „zweiten Deutschlands“ schwierig und von widerstreitenden Erinnerungen und Bewertungen geprägt. Bleibt dies für die schulische Auseinandersetzung mit der DDR-Thematik ohne Konsequenzen? Die wissenschaftliche Erforschung von DDR-Geschichte als Unterrichtsgegenstand ist nicht neu. In den vergangenen Jahren warteten großangelegte Studien zum Schülerwissen sowie zum Umgang mit der Materie in Lehrplänen und Schulbüchern auf (vgl. Arnswald et al. (Hg), 2006, Deutz-Schroeder/Schroeder, 2009, u.a.) und erfuhren breite öffentliche Resonanz; z.T. aber auch große Empörung. Dieser reichhaltigen Expertise bedient sich auch die hier angedachte Dissertationsarbeit. Sie rückt allerdings einen empirisch bislang weitestgehend unbeachteten Aspekt in den Fokus – die Perspektive der Lehrenden. Diese soll in einer qualitativen Interviewstudie erhoben und analysiert werden.

Die Arbeit wird rahmengebend strukturiert durch das Modell der Didaktischen Rekonstruktion (vgl. Gropengießer/Kattmann). In seiner Ursprungversionen findet es bei der Analyse von Schülervorstellungen Anwendung, wird hier jedoch hinsichtlich der Erfassung von Lehrendenvorstellungen adaptiert. Es unterteilt die Dissertation in vier interdependente Untersuchungsaufgaben: Zunächst ist hierbei die Zielklärung zu benennen, welche die Relevanz des Themengegenstandes DDR-Geschichte für die historisch-politische Bildung **normativ** legitimiert:

„Die DDR-Geschichte erscheint[...] als ein Unterrichtsgegenstand, an welchem weder exemplarisch Unfreiheit, Menschenrechtsverletzungen oder Misswirtschaft, noch der [...] Versuch der Verwirklichung des sozialistischen Menschheitstraums vorgeführt und gelehrt wird. Sie erscheint als ein Bestandteil deutscher Vergangenheit, der als Unterrichtsgegenstand deshalb relevant wird, weil Teile dieser Vergangenheit stark in die Gegenwart [...] hineinwirken.“ DDR-Geschichte im Unterricht „scheitert, wenn sie sich [...] an einer faktenreichen Aufrechnung von Ereignissen orientiert. [Sie] muss darauf abzielen, dass die Lernenden die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Gestaltung ihres Lebens aus dem Umgang mit der Vergangenheit und aus dem angemessenen Verständnis der Gegenwart heraus erkennen und nutzen. Dazu sind [sie...] zu befähigen.“ (Sapparth, 2002, S.230f)

Mit dieser Positionierung folgt die Arbeit den Forderungen des Beutelsbacher-Konsenses (vgl. Scherb, in: Lange (Hg), 2006, Bd.2, S.31ff) nach einem Überwältigungsver- bzw. einem Kontroversitätsgebot (Multiperspektivität) politischer Bildung. Sie bemüht sich außerdem darum, die Gegenwartsbedeutung dieser zeithistorischen Thematik stärker in die Betrachtung zu nehmen und sieht in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte einen wesentlichen Beitrag zur Herausbildung mündiger Bürgerinnen und Bürger. Des Weiteren distanziert sie sich klar von einer rein faktenbezogenen Wissensvermittlung bzw. -abfrage und damit auch vom Grundansatz der erwähnten Großstudien.

Da die Ergebnisse der Dissertation wünschenswerter Weise der Lehreraus- und -fortbildung in Form von Leitlinien zugute kommen sollen (**pragmatische** Untersuchungsebene), fanden im Vorfeld der eigentlichen Haupterhebung Expertengespräche mit Anbietern von themenbezogenen Fortbildungsveranstaltungen statt. Ihre Einschätzungen und Bedarfe waren für die Konzeption eines Interviewleitfadens und des Samplings maßgeblich und hilfreich.

So kristallisierten sich diverse Felder und Themenbereiche aus den Expertenmeinungen heraus, mittels derer folgende leitende Fragestellungen für die Arbeit generiert werden konnten:

Zum einen wäre hierbei die Frage zu benennen, nach welchen selbstreflexiven Kriterien der Lehrende beim Thema DDR-Geschichte eine inhaltliche Auswahl trifft und welche Handlungsspielräume ihm diesbezüglich durch übergeordnete Lehrpläne, verpflichtende Lehrbücher, knappe Unterrichtszeit und weitere Faktoren gegeben sind. Weiter ist von Interesse, wie der Lehrende diese Inhalte in der alltäglichen Unterrichtspraxis methodisch umsetzt.

Auch ist wesentlich zu berücksichtigen, welches Lernziel er mit der gewählten inhaltlichen und methodischen Festlegung verfolgt. Aus dem Zusammenspiel der Antworten lassen sich folgend subjektive DDR-Bilder rekonstruieren und innere Sinnzusammenhänge analytisch erfassen.

Weiter erschien es den Experten wichtig, bei der Zusammensetzung der Stichprobe auf eine generelle „Durchmischung“ zu achten. So sollten Lehrende verschiedenster Schulformen (in den Studien zum Schülerwissen wurden überwiegend Gymnasien betrachtet) und unterschiedlichen Alters (sowohl Lehrende in der dritten, als auch in der zweiten Phase/Referendariat) zu Worte kommen. Auch eine Ausdehnung über das Fach Geschichte hinaus (wie Politik- oder Gesellschaftskunde) wurde für sinnvoll erachtet. Ebenfalls befürworteten die Fortbildner eine Erhebung in den alten und neuen Bundesländern. Die Arbeit verzichtet allerdings auf die (Vor-)formulierung von Hypothesen. Sie generiert ihre Annahmen unmittelbar aus der Empirie (vgl. GT). Ein Ost-West-Vergleich ist somit nicht bewusst angelegt. Sollte die Untersuchung dennoch auf signifikante Unterschiede zwischen den Vorstellungen der west- und ostdeutschen Lehrenden hindeuten, so ist dies selbstverständlich Teil ihres Erkenntnisgewinns. Darüber hinaus zeichnete sich in den Expertengesprächen ein grundlegendes Interesse an einer tiefergehenden Evaluation von themenbezogenen Fortbildungsveranstaltungen ab (Was war für die Teilnehmer wirklich nützlich und interessant? Was fehlte ihnen?). Diesem Wunsch entsprechend wurde die Auswahl der zu interviewenden Lehrenden an das Kriterium der Teilnahme an einer solchen Fortbildung geknüpft. An diesen nahm und nimmt die Autorin selbst beobachtend teil und kontaktiert vor Ort erste mögliche Interviewpartner (es muss in diesem Fall somit zunächst von einer Gelegenheitsstichprobe gesprochen werden). Der Einstieg in die Einzel-Interviews wird durch dieses Vorgehen wesentlich erleichtert. Von vorn herein findet eine Fokussierung statt; das während der Veranstaltung Erlebte und Gesagte kann gemeinsam aufgegriffen, im Zuge des Gespräches kritisch reflektiert und weiterführend ausgedehnt werden. *„Da das Sample [aber] nur aus auskunftswilligen Lehrkräften besteht, muss offen bleiben, inwiefern die Auskunftsbereitschaft eine Auswirkung auf die Vielfalt der Typen hat“* (Benrath, 2005, S.61).

Neben der Erhebung durch problemzentrierte leitfadengestützte Interviews (vgl. Witzel) wählt die Arbeit zur Erschließung des Materials auf **empirischer** Ebene die Methode der Einzelfallanalyse. Hierbei wird die Grundgesamtheit aller erhobenen Daten zunächst einer Globalanalyse (ggf. durch MaxQDA, vgl. Kuckartz, 2007) unterzogen mittels derer zur vertiefenden qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Mayring; hier Adaption Gropengießer) geeignete Fälle – gänzlich oder in Auszügen – ausgewählt werden. Diese sind als exemplarische Vertreter („Ankerfälle“) eines bestimmten Typus/einer bestimmten Denkfigur anzusehen. Die Einzelfälle werden miteinander und gegenüber dem Gesamtsample kontrastiert (vgl. Benrath, 2005, S.55ff). Typologien wie diese dienen zum einen *„der Strukturierung eines Untersuchungsgebietes, um diesen besser überschauen zu können“* (externe Heterogenität). Zum anderen *„übernehmen[sie] heuristische und theoriebildende Funktionen, um inhaltliche Sinnzusammenhänge zu analysieren“* (interne Homogenität) (Kluge, 1999, S.43).

Ergänzt wird die Einzelfallerhebung, welche sich überwiegend auf die Vorstellungen von Lehrenden der dritten Phase konzentriert, durch Gruppendiskussionen unter Lehrenden der zweiten Phase (vgl. Bohnsack). Diese ergaben sich durch Gespräche mit Lehrkräften, die aktuell die Funktion von Studienseminarleitern übernehmen und einen Besuch ihrer Seminargruppen anboten. Somit gewährleistet die Arbeit eine durch die Experten befürwortete altersbezogene Streuung innerhalb des Samples. Die Analyse dieser Gruppendiskussionen erfolgt gesondert zu denen der Einzelinterviews. Die jeweiligen Ergebnisse werden jedoch miteinander in Beziehung gesetzt.

Die Haupterhebung unter den Lehrenden aus den alten Bundesländern (Niedersachsen und NRW) findet im Februar 2010 ihren Abschluss. Für die neuen Länder (u.a. Mecklenburg-Vorpommern) wird sie sich voraussichtlich noch bis einschließlich April 2010 hinziehen, da der Besuch weiterer Fortbildungsveranstaltungen zur Gewinnung zusätzlicher einzelner Gesprächspartner und –partnerinnen und die Durchführung einer Gruppendiskussion noch ausstehen. Die Verortung der Lehrenden richtet sich allerdings nach ihrem aktuellen Arbeits- und nicht nach ihrem Geburtsort. So finden sich in der Erhebung zwangsläufig auch die Bilder von so genannten „innerdeutschen Migranten“ wieder.

Die gewonnenen Typen und Denkfiguren erfahren in einem weiteren Untersuchungsschritt eine Gegenüberstellung mit ausgewählten Beiträgen des **fachlichen** Diskurses. Hierbei ergeben sich aktuell drei mögliche Herangehensweisen:

Zum einen bietet sich – unter besonderer Berücksichtigung der Erinnerungsjahre 2009 und 2010 – eine Erörterung unterschiedlicher Bewertungen der DDR(-Geschichte) aus wissenschaftlicher und gesellschaftlich-öffentlicher Perspektive an. Innerhalb dieser finden sich in Bezug auf die DDR sowohl Vorstellungen von einer totalitären Diktatur, einer „Nischengesellschaft“ (vgl. Gaus, 1983, S.156ff) wie auch einer sozialistischen Alternative wieder. Die Lehrenden-, wie auch die fachlichen und öffentlichen Vorstellungen könnten demnach hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede untersucht werden.

Des Weiteren würde es sich anbieten, die fachliche Klärung eng entlang der Empirie durchzuführen und einen gezielten Blick auf die thematischen Aspekte zu richten, welche in den Interviews besonders fokussiert bzw. konträr zur Sprache kamen und kommen. Anhand der bislang geführten Gespräche ist hierbei einmal die Bezugnahme auf Schüler mit Migrationshintergrund (es wurden sowohl Gymnasial-, als auch HS-/RS-, BBS- und Gesamtschullehrende befragt) zu nennen. Darüber hinaus äußerten sich die Lehrenden sehr unterschiedlich, wenn sich das Gespräch um einen Systemvergleich bzw. die Verflochtenheit (vgl. Kleßmann, 1993) zwischen BRD- und DDR-Geschichte oder auch einen Vergleich zwischen NS- und SED-Diktatur (vgl. Wippermann, 2009) drehte. Auch diese Themenbereiche werden fachlich kontrovers diskutiert und bieten breite literarische Anknüpfungsmöglichkeiten.

Drittens ist an dieser Stelle auch über eine rein fachdidaktische Kontrastierung nachzudenken. So erschienen in jüngster Vergangenheit zahlreiche Publikationen, die sich anwendungsbezogen mit dem „Lernfeld DDR-Geschichte“ (vgl. Behrends et. al, 2009) auseinandersetzten – so etwa auch der „Bildungskatalog SED-Diktatur und deutsche Teilung“, herausgegeben von der Bundesstiftung Aufarbeitung, welcher eine Vielzahl von „Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit“ zur DDR-Geschichte bereit hält. Auch Handreichungen wie diese bieten sich an, um die dort vorgestellten methodischen und inhaltlichen Arbeitsweisen und Zielsetzungen mit denen der befragten Lehrenden zu vergleichen. Eine letztendliche Entscheidung für eine der Vorgehensweisen ist jedoch noch nicht getroffen.

Abschließend gilt es zu betonen, dass die Konzeption der Arbeit von vorn herein nicht auf eine statistische Repräsentativität hin ausgelegt ist. Von Interesse ist nicht die Häufigkeit, mit der einzelne Vorstellungen oder subjektive Theorien zu Tage treten, sondern nur *die Möglichkeit*, dass diese potentiell vorfind- bzw. wahrnehmbar und damit in Lehr-Lernsituationen zu berücksichtigen sind. Die Festlegung der Untersuchung auf einen klar umrissenen Kreis von Lehrenden dient zudem der notwendigen Beschränkung und Handhabbarkeit des Gegenstandes wie auch des Erkenntnisinteresses. Dieses Vorgehen gewährleistet die zielgerichtete und realistische Fertigstellung der Dissertation innerhalb des dafür gesetzten zeitlichen, finanziellen und personellen Rahmens.

Kurzbiographie

Tina Menke, 1982 in Oldenburg geboren, studierte von 2002 bis 2007 Diplom-Sozialwissenschaften an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg mit dem Wahlpflichtfach Kulturwissenschaft. 2007 verfasste sie ihre Diplomarbeit zum Thema „Schülervorstellungen und sozialwissenschaftliche Vorstellungen über die DDR – Ein Beitrag zur politikdidaktischen Rekonstruktion“. Auf diese baut ihre Dissertationsarbeit auf. An der Uni Oldenburg arbeitete sie darüber hinaus als Studentische und Wissenschaftliche Hilfskraft sowie als Lehrkraft für besondere Aufgaben im Bereich der politischen und historischen Bildung.

Vorläufige Grobgliederung

0. Vorwort

I. Einleitung (Kapitelübersicht; Aufbau der Arbeit)

II. Der Forschungsgegenstand:

- Forschungsstand zum Thema „DDR-Geschichte in der Schule“
- Lehrende als Gegenstand der historisch-politischen Bildungsforschung (allgemein und themenbezogen auf DDR)
- **Forschungsfrage(n)**/Erkenntnisinteresse/ Verortung der Arbeit

Exkurs: Transformationsprozesse in der politischen Bildung 1989/90

III. Forschungsmethode & Forschungsprozess:

- Zur Begründung des qualitativen Ansatzes
- **Das Modell der Didaktischen Rekonstruktion** und seine Adaption durch die Politikdidaktik
- Übertragung des Modells auf Lehrendenvorstellungen
- **Normative Zielklärung**
- Vorerhebung: **Expertengespräche** und deren Ergebnisse
- Forschungsdesign (Sampling; Kriterien der Auswahl)
- Erhebungsverfahren:
 - Problemzentriertes Interview/Interviewleitfaden/Gruppendiskussionen

IV. Auswertungsverfahren und Ergebnisse der Analyse der **Lehrendenvorstellungen**:

- Qualitative Inhaltsanalyse/Exemplarische Einzelfallanalysen/Typenbildung/Analyse der Gruppendiskussionen

V. **Fachliche Klärung**:

- Diskurs: Erörterung unterschiedlicher Bewertungen der DDR(-Geschichte) aus fachwissenschaftlicher/fachdidaktischer Perspektive anhand ausgewählter Aspekte unter besonderer Berücksichtigung der Erinnerungsjahre 2009/10
- N.N.
- Kontrastierung mit IV.

VI. **Didaktische Strukturierung** (Leitlinien für die Aus- und -fortbildung von Lehrenden)

VII. Fazit/Resümee

VIII. Danksagungen

IX. Anhang

- Literatur & Quellen
- Interviewleitfaden
- Verzeichnisse
- Register
- Sonstiges

X. Beilage

- Transkripte/Redigierte Aussagen

Vom traditionellen Naturschutz zum politischen Umweltschutz. Die Entwicklung des Umweltschutzgedankens und seine politische Bedeutung in deutsch-deutscher Perspektive

von Anne-Kathrin Steinmetz

Der Naturschutz in Deutschland blickt auf eine über hundert Jahre währende Tradition zurück. Bereits um die Jahrhundertwende wurden erste Naturschutzvereine gegründet, die sich die Erhaltung und Pflege der Landschaft und Tierwelt zum Ziel gesetzt hatten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte sich dieser Gedanke des Einsatzes für die Bewahrung der Natur in beiden Teilen Deutschlands fort.

Gleichwohl sind Unterschiede in der Entwicklung zu beobachten: während sich in Westdeutschland unterschiedliche kleinere und größere Vereine, Verbände und Gruppierungen für den Erhalt von Flora und Fauna einsetzten, waren im Osten des Landes alle am Naturschutz Interessierten im Kulturbund der DDR vereint. Als Natur- und Heimatfreunde engagierten sie sich ab 1949 innerhalb dieser staatlichen Massenorganisation.

Das Dissertationsprojekt widmet sich der Veränderung des Naturschutzgedankens ab dem Jahr 1970 und der Entwicklung der Naturschutzorganisationen seitdem.

In der Forschungsliteratur zur Umweltgeschichte ist man sich einig, dass sich um das Jahr 1970 eine „ökologische Wende“ vollzog. Kai F. Hünemörder bezeichnet das Jahr 1972 sogar als „Epochenschwelle“ der Umweltgeschichte.

In dieser Zeit wandelte sich die Wahrnehmung der natürlichen Umwelt und ein Umweltbewusstsein der Bevölkerung entstand. Die Veröffentlichung der „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome löste internationale Debatten über die Notwendigkeit aus, die Lebensumstände in den Industrienationen zu verändern. Apokalyptische Zukunftsvisionen verbreiteten sich, die vor den Auswirkungen des stetigen wirtschaftlichen Wachstums warnten und auf die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen aufmerksam machten. Umweltschutz war auf einmal Thema breiter Teile der Bevölkerung, die sich mit ihren Befürchtungen und Forderungen nach konkreten Veränderungen auch an die Politik wandten. Diese, in der westlichen Hemisphäre in Gang geratene Entwicklung machte – kommuniziert durch Rundfunk und Fernsehen – an der innerdeutschen Grenze nicht halt.

In beiden Teilen Deutschlands reagierte die politische Führung auf das wachsende Interesse an diesem Thema. Während die Bundesrepublik unter der Regierung Willy Brandts 1971 ein Umweltprogramm verabschiedete, das unter der Federführung des Innenministeriums verwirklicht werden sollte, hatte die DDR bereits 1968 den Umweltschutz in ihrer neuen Verfassung verankert. Mit der Verabschiedung des „Gesetzes für die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der Deutschen Demokratischen Republik“ (Landeskulturge-setz) 1970 und der Bildung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft im Jahre 1972 war die DDR im Bereich des Umweltschutzes zumindest auf dem Papier dem westlichen Nachbarn weit voraus.

Durch das wachsende Interesse der Politik und weiter Teile der Bevölkerung an diesem Thema verloren die Naturschützer ihre Monopolstellung. Bis dahin hatte die alleinige Deutungsmacht in Debatten über die natürliche Umwelt bei ihnen gelegen.

In der Dissertation untersuche ich die Reaktion der Naturschützer in beiden deutschen Staaten angesichts dieser gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den siebziger und achtziger Jahren. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt bei den Natur- und Heimatfreunden im Kulturbund der DDR und ihrem Verhalten in Hinblick auf die Veränderungen der Umweltwahrnehmung in der Bevölkerung und die wachsende politische Bedeutung, die dem Thema im Laufe der Jahre zukam.

Bereits seit den frühen siebziger Jahren befassten sich innerhalb der Kirche in verschiedenen Städten der DDR Bürger mit dem Zustand der natürlichen Umwelt und fertigten dazu ausführliche Recherchen an. Immer mehr Menschen versammelten sich in kirchlichen Gruppen und beschäftigten sich mit den konkreten Umweltproblemen in der DDR.

Ungeachtet dessen und der internationalen Diskussionen, gingen die Natur- und Heimatfreunde unbeirrt ihrer Tätigkeit nach. Sie widmeten sich weiterhin der Pflege und der Bewah-

rung von Naturdenkmälern, Naturlandschaften oder gefährdeten Pflanzen, während weltweit über den Schutz vor Verschmutzungen, globale Erwärmung und Ressourcenverschwendung diskutiert wurde.

Mit der Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im März 1980 reagierten die Naturschützer im Kulturbund schließlich auf die Veränderungen in Bezug auf das Thema Umweltschutz in den vorangegangenen Jahren.

In der Dissertation will ich die Bedeutung dieser Gründung aufzeigen. Die Motive wie auch das Zusammenspiel von Staatsführung und Naturschützern im Kulturbund sollen analysiert werden.

Dr. Rolf Caspar, Leiter der Abteilung Natur und Umwelt im Bundessekretariat des Kulturbundes und ab 1980 Sekretär des Zentralvorstandes der GNU, bezeichnete rückblickend die Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt als einen „politischen Akt“.

Diese Sichtweise soll in der Arbeit näher untersucht werden, um dabei eine Antwort auf die Frage zu finden, inwiefern die Naturschützer im Kulturbund selbst eine Umstrukturierung ihrer Organisation und die Hinwendung zum Umweltschutz als notwendig erachteten oder ob sie lediglich als verlängerter Arm der politischen Führung agierten.

Zur gleichen Zeit fand in der Bundesrepublik im Januar 1980 mit der Gründung der GRÜNEN die Umweltbewegung ihren Weg in die westdeutschen Parlamente.

Bereits seit den frühen siebziger Jahren hatten sich in der Bundesrepublik zunächst lokal verschiedene Bürgerinitiativen gegründet, die aufgrund unterschiedlicher regionaler Probleme für den Umweltschutz eintraten. Nachdem die bestehenden Parteien nach Meinung der Bürgerinitiativen zu wenig auf deren Anliegen eingingen, schlossen sich diese zu politischen Vereinigungen zusammen und zogen als Grüne Listen in Stadt- und Landesparlamente ein. In dem Zusammenschluss Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen im Jahre 1979 und schließlich der Bundespartei DIE GRÜNEN sahen die Mitglieder den parlamentarischen Arm der Umweltbewegung. Sie wollten „nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ sein und beschrieben mit diesem Motto ihre politischen Ambitionen, keinem politischen Lager anzugehören. In der Bundespartei vereinigten sich verschiedene und zum Teil sehr gegensätzliche Gruppierungen, die alle der Wunsch nach einer Verbesserung der Umweltbedingungen und einem größeren Stellenwert des Themas innerhalb der Politik einte. Auch traditionelle Natur- und Heimatschützer gehörten zu den Gründungsmitgliedern der Umweltpartei. Diese hatten die politische Bedeutung des Themas erkannt und stellten sich in Opposition zu den Regierungsparteien. Nachdem in den Jahrzehnten zuvor die Naturschutzvereine stets ihr Einverständnis mit der Regierungspolitik signalisiert und ihre eigenen Aktivitäten unabhängig von dieser betrieben hatten, waren ihnen im Laufe der siebziger Jahre die Bedeutung der Bürgerinitiativen und der damit einhergehende eigene Bedeutungsverlust durchaus bewusst geworden.

In der Arbeit will ich die Politisierung des Naturschutzgedankens aufzeigen. Es soll die Entwicklung des traditionellen Naturschutzes und seiner Protagonisten angesichts der zunehmenden politischen Bedeutung, die dem Umgang mit der natürlichen Umwelt zugeschrieben wurde, deutlich werden.

Innerhalb der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR waren umweltpolitische Absichten erst ab Mitte der achtziger Jahre durch die Gründung erster Interessengemeinschaften (IG) Stadtökologie auf lokaler Ebene festzustellen.

Die IG Stadtökologie unterschieden sich in ihrer Arbeit von den bereits bestehenden Interessengemeinschaften darin, dass es ihren Mitgliedern nicht ausschließlich um die Bewahrung der natürlichen Umwelt ging, sondern auch um dem vom Menschen geschaffenen Lebensraum in der Stadt. Die Bewältigung der dort auftretenden Umweltverschmutzungen und die Verbesserung der Lebensbedingungen standen im Mittelpunkt der Arbeit der Stadtökologiegruppen.

Diese Gruppen gründeten sich in verschiedenen Städten der DDR zu einem Zeitpunkt, als die Umweltprobleme im Land immer offensichtlicher wurden. Vielerorts waren Luft- und Wasserverschmutzungen wie auch das Waldsterben nicht mehr zu übersehen.

Zwar galten in der DDR Daten über die Umweltsituation seit November 1982 als „Staats- bzw. Dienstgeheimnis“, die „Anordnung zur Gewinnung oder Bearbeitung und zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR“ sah vor, dass keine

Messwerte „über die Konzentration von Giften und Schadstoffen in der Luft, im Wasser im Boden, in wildlebenden Tieren und in Pflanzen“ veröffentlicht oder angefertigt werden durften, doch war auch ohne konkrete Messwerte für die Bevölkerung augenscheinlich, dass der Zustand der Umwelt besorgniserregend und vermutlich auch gesundheitsschädlich war. Die Interessengemeinschaften Stadtökologie verbanden als erste Umweltschutzgruppierungen innerhalb der GNU ihren Wunsch nach Veränderung der Umweltbedingungen auch mit konkreten Forderungen an die Politik. Aus diesem Grund werden sie in der Arbeit näher untersucht. Beispielhaft sollen lokale Gruppen herausgegriffen und deren Arbeit dargestellt werden.

Diese Vorgehensweise verdeutlicht, dass es vielen Gruppen zunächst darum ging, lokale Probleme vor Ort zu beheben, um die eigene Lebenssituation zu verbessern. Darin glichen sie den ersten Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, die sich auch in erster Linie wegen akuter Probleme in der eigenen Umgebung gründeten. Die kommunalen Stadtökologiegruppen arbeiteten dabei auch mit kirchlichen Umweltschutzgruppierungen zusammen, wobei diese Verbindungen von Seiten des MfS kritisch beäugt wurden. Man befürchtete ein „Abgleiten in oppositionelles Milieu“ sowie die Unterwanderung des Kulturbunds durch „feindlich-negative Kräfte“.

Gegen Ende der achtziger Jahre veränderte sich die Zielstellung der Stadtökologiegruppen. Sie wollten nicht mehr ausschließlich vor Ort die Umweltprobleme lösen, sondern verbanden dieses Anliegen mit dem Wunsch nach politischer Veränderung. Viele Aktivisten der IG traten einzig aus diesem Grund in den Kulturbund ein.

Hinzu kam eine Vernetzung unter den Stadtökologiegruppen, die den Mitgliedern zeigte, dass die Umweltprobleme nicht nur lokal zu finden waren, sondern landesweite Gegebenheiten darstellten. Dieses verdeutlichte für die Umweltschützer, dass die politische Führung nicht in der Lage war, gegen die Belastungen der natürlichen Umwelt vorzugehen, was sie zu Forderungen nach einem politischen Wandel veranlasste.

Im Oktober 1989 forderten über 20 Interessengemeinschaften aus der gesamten DDR bei einem Treffen in Potsdam eine Offenlegung der Messwerte und freie Wahlen.

Trotz dieser weitreichenden politischen Forderungen der Stadtökologen, ist nicht festzustellen, dass die gesamte GNU Ende der achtziger Jahre umweltpolitisch agierte. Für den Großteil der Mitglieder stand weiterhin die fachwissenschaftliche Arbeit im Mittelpunkt. Bei dieser traditionellen Naturschutzarbeit, wie das Anlegen von Wanderwegen oder die Kartierung verschiedener Baumarten in einer Region, wollten sie sich nicht von der Politik behelligen lassen, politische Forderungen spielten keine Rolle bei ihren Tätigkeiten.

In der Dissertation will ich diesen Gegensatz zwischen den Aktivitäten der traditionellen Naturschützer und den politischen Umweltschützern innerhalb der GNU im Kulturbund als eine Massenorganisation der DDR aufzeigen.

Außerdem soll das Verhältnis der beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet des Umweltschutzes näher analysiert werden. Während unter den Naturschützern im fachwissenschaftlichen Bereich durchaus Kontakte zueinander bestanden, hatten die Stadtökologiegruppen des Kulturbundes keine direkte Verbindung zu Umweltschützern in der Bundesrepublik. Dennoch kann der Einfluss, den die westdeutsche Umweltbewegung auf diese Gruppen ausübte, nicht außer Acht gelassen werden.

Es ist deutlich geworden, dass sich in beiden Teilen Deutschlands eine Politisierung des Themas Umwelt vollzog. Das konservative Thema Naturschutz wurde seit Beginn der siebziger Jahre von breiten Teilen der Bevölkerung aufgegriffen und politisch gedeutet.

Obwohl dieses Phänomen in beiden deutschen Staaten zu beobachten ist, sind dennoch entscheidende Unterschiede festzustellen. Während sich die Natur- und Umweltschützer in einem längeren Prozess mit den GRÜNEN schließlich in die politische Strukturen der Bundesrepublik integrierten, wurden die Umweltschützer in der DDR im Laufe der achtziger Jahre zunehmend kriminalisiert und als Feinde des politischen Systems gesehen.

Kurzbiographie

Anne-Kathrin Steinmetz, 1981 in Höxter geboren, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Literaturwissenschaft und Wirtschaftspolitik in Göttingen, Lausanne und Freiburg. Ihr besonderes Forschungsinteresse gilt der Umweltgeschichte. In ihrer Magisterarbeit untersuchte sie die Umweltbewegung in der Bundesrepublik und die damit verbundene Gründung der Grünen. Ihre Dissertation wird von Prof. Dr. Hermann Wentker am Institut für Zeitgeschichte betreut.

VORLÄUFIGE GLIEDERUNG

Teil I: Fragestellung und Methodik

0. Einleitung
1. Literaturüberblick
2. Fragestellung und Methodik

Teil II: Umweltprobleme, Gesetzgebung und Naturschutzverbände in beiden deutschen Staaten nach 1945

1. Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland
 - Politische Rahmenbedingungen
 - Umweltschutzgesetzgebung
 - Ministerielle Zuständigkeiten
 - Umweltprobleme
 - Naturschutzverbände und -organisationen nach 1945
 - Die Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund der DDR
 - Aufbau und Organisation
 - Mitwirkung am Landeskulturgesetz
 - Aktivitäten bis 1972
 - Naturschutzorganisationen in der Bundesrepublik
 - Organisationen und ihre Struktur
 - Ideen und Konzepte der Naturschützer
 - Politische Haltung

Teil III: Die Politisierung des Naturschutzes

- Die Entwicklungen nach 1972
 - 1.1 Die Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund in den siebziger Jahren
 - Reaktionen auf die Veröffentlichung der „Grenzen des Wachstums“
 - Tätigkeiten und Aktionen nach 1972
 - Die Veränderung des Naturschutzes in der Bundesrepublik
 - Vergleichende Betrachtungen
- I) Die Arbeit der Naturschützer in den achtziger Jahren
 - 2.1 Die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund der DDR
 - II) Der Weg zur Gründung
 - III) Aufbau und Organisation
 - IV) Aktivitäten und Aktionen der GNU
 - V) Das Verhältnis zur Staatsführung
 - VI) Die Reaktion auf die Entstehung kirchlicher Umweltschutzgruppierungen
 - Vom Naturschutz zum Umweltschutz. Entwicklungen und Konflikte in der Bundesrepublik
 - Die Gründung der GRÜNEN
 - Das Verhalten der Naturschützer angesichts der Parteigründung
 - Die Interessengemeinschaften Stadtökologie der GNU in verschiedenen Bezirken und ihr Verhältnis zu kirchlichen Umweltschutzgruppierungen
 - Berlin
 - Potsdam
 - Leipzig
 - Halle
 - 2.4 Verbindungen und Austausch der Naturschutzgruppen in Ost- und Westdeutschland
- 3. Fazit: Die politische Bedeutung des Umweltschutzes in vergleichender Perspektive

Teil VI: Ausblick: Der Umweltschutz nach 1989 in Ost- und Westdeutschland

Teil VII: Schlussbetrachtung

